STAT

Page Denied

Next 1 Page(s) In Document Denied

No. 38

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 15. Februar 1949

Riesa: Auf die Grußbotschaft der Stachanow-Arbeiter des Hüttenwerkes Sichel und Hammer sandten die Arbeiter und Angestellten des Eisen- und Stahl-Werkes Riesa ein Antworttelegramm folgenden Inhalts: Wir haben den Brief mit großem Interesse gelesen und werden sofort daran gehen, einen ausführlichen Bericht über unsere Arbeit aus der Vergangenheit und Gegenwart sowie über unsere zukünftige Tätigkeit zu geben. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einem intensiven Briefwechsel kommen möge, der gegenseitig die Arbeit befruchte. - Die Lehrlinge des betreffenden Werkes äußerten sich, daß sie in der Grußbotschaft einen Beweis dafür sehen, daß die Ostzone in ihrem Kampfe nicht allein stehe, sondern auf die Anteilnahme der Bevölkerung der SU rechnen könne.

Berlin: Der Verkaufspreis für Brot wird in den Konsumgenossenschaften weiter herabgesetzt. Für ein Kilo Brot werden jetzt 32 Pfg. verlangt.

Berlin: Auf der bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse ist mit einer weiteren Verstärkung der Außenhandelsbeziehungen zu rechnen. Es wird angenommen, daß die Ostzone bei dieser Gelegenheit in der Lage sein wird, eine ganze Reihe neuer Beziehungen mit dem Ausland und mit ausländischen Firmen anzuknüpfen. Die Leipziger Messen haben schon immer bei der Förderung des Außenhandels eine große Rolle gespielt. Die Ostzone ist überzeugt, daß der gegenwärtige Stand ihrer Wirtschaft für viele Ausländer eine Überraschung sein wird. Sie hat gegenwärtig mit allen ost- und südosteuropäischen Staaten, mit den drei skandinavischen Ländern sowie Belgien, Holland, Italien und der Schweiz Handelsabkommen. Darüberhinaus steht sie noch mit vielen Kaufleuten anderer Länder in Verbindung. Die Ostzone liefert Fertigwaren und erhält Rohstoffe und Verpackungsmittel. Waren, die die Zone selbst fabrizieren kann, werden nicht importiert. Während Westdeutschland in eine immer stärkere finanzielle und politische Abhängigkeit gerät, hat die Ostzone eine ausgeglichene Handelsbilanz aufzuweisen. Es werden der Ostzone keine Schulden aufgeladen, die einmal nach der Einigung Deutschlands das gesamte deutsche Volk bezahlen muß.

Halle: Auf einer Sitzung in Halle wurde die Bereitstellung genügender Mengen Saatgut in Sachsen-Anhalt angekündigt. Ein Sprecher wandte sich in seinem Referat besonders an die Wissenschaftler, die all ihre Erkenntnisse den Bauern übermitteln sollen. 177 Betriebe haben sich bereits gemeldet, um kostenlos Treckerführer auszubilden, Reparaturkolonnen einzurichten usw.

Sender Moskau vom 15. Februar 1949

Der Kommentar befaßte sich mit dem Beschluß des Parlamentarischen Rates, Westberlin als 12. Staat in die westdeutsche Bundesrepublik einzubeziehen, und trug die Überschrift: Die Spalter Deutschlands und Berlins sind an der Arbeit. Es hieß u.a., daß der Beschluß, den die Bonner verfaßten, dem deutschen Volk die Augen geöffnet habe, daß der Parlamentarische Rat gegen die Einheit Deutschlands sei. Die reaktionären Politiker wollten aus eigener Macht im Namen des deutschen Volkes Berlin mit einem Federstrich in ein Land verwandeln. Ab-sichtlich ließe dieser Beschluß die Tatsache außer acht, daß Berlin nur die Hauptstadt eines einheitlichen Staates sein könne und keinesfalls in den separaten Staat eingegliedert werden kann. Gegen die Einheit stünden jedoch gewisse aggressive Kreise, die versuchten, die Berliner Lage noch zu verschärfen. Reuter gehöre zu ihnen. Es folgten dann Einzelheiten über Reuters Reise nach England und Frankreich.

STAT

16/2/49

STAT

No. 67

Auszüge aus Presseberichten
=====

Nationale Widerstandsbewegung. Sowjet-deutsche "Volkskongreßbewegung" will durch Inszenierung eines Generalstreiks in Westdeutschland die "nationale Widerstandsbewegung" verwirklichen, zu der der Deutsche Volksrat aufgerufen hat, um die Schaffung der westdeutschen Bundesrepublik zu verhindern. Der Vorsitzende des Sekretariats des Volksrates, Wilhelm KOENEN, hat Anweisungen für diese "nationale Selbsthilfe" gegeben. Er fordert massenmäßigen Widerstand der Bevölkerung im Westen Deutschlands, allerdings ohne gewaltsame Aktionen gegen die Besatzungsmächte. Die Arbeitsverweigerung sei das beste Kampfmittel gegen "koloniale Versklavung".

Wie berichtet wird, will der Deutsche Volksrat in Kürze den "nationalen Widerstand" ausrufen, um der Bildung einer deutschen Regierung in Westdeutschland durch ein "Manifest der Einheit" zuvorzukommen. Ruhr- und Besatzungsstatut sowie die Stellung Berlins, wie sie von Westdeutschland vorgesehen sei, sollen zum Anlaß genommen werden, eine "Widerstandsbewegung" gegen die westlichen Besatzungsmächte zu entfachen. Der Volksrat erwartet, daß die SU diese Aktion mit außenpolitischen Erklärungen unterstützen werde.

Süddt. Ztg. vom 15. Febr. 1949

Zwangsarbeitersystem. Dem "Montagsecho" zufolge sollen Funktionäre der Zentralverwaltung des Innern seit längerer Zeit mit der Organisation eines dem sowjetischen Vorbild entsprechenden Zwangsarbeitersystems beschäftigt sein. Neben der Dienstverpflichtung mit Hilfe der Arbeitsämter soll die DWK ein Gesetz zur "Bestrafung von Spekulanten und Schiebern" vorbereiten, das ausdrücklich die Zwangsarbeit als Straform einschließt. Die SED soll beabsichtigen, mit dem vom Volksrat angekündigten Gesetz "gegen Saboteure des Aufbaues" auch ihre Aktivität auf dem Lande zu verstärken. In diesem Jahr soll auf die sogen. Großbauern gesteigerter Druck ausgeübt und die mittleren und Kleinbauern in Abhängigkeit von den "Maschinenausleihstationen" georacht werden. Damit soll ein neuer Schritt zur Kollektivierung der Landwirtschaft eingeleitet werden.

SAZ vom 15. Febr. 1949

Bilanzrevision und Wirtschaftskontrolle. Die Prüfung der volkseigenen und Kommunalbetriebe und auch der SAG's hat jetzt die neu gegründete "Revisions- und Treuhand-Anstalt" mit Sitz in Leipzig unter sich. Zu den Aufgaben der Anstalt zählen u.a. die betriebswirtschaftliche, organisatorische und betriebstechnische Beratung und Gutachterstätigkeit, sowie "Nachprüfung der volkswirtschaftlichen Entwicklung von Schwerpunkten des Volkseigentums". Einer der ersten Aufträge war die Prüfung der Eröffnungsbilanzen der zonalen Vereinigungen volkseigener Betriebe. Die freiberuflichen Wirtschaftsprüfer, Buchsachverständigen usw. sind in der freien Ausübung ihrer Berufe stark behindert worden. Es besteht zwar noch Gewerbefreiheit, aber in den einzelnen Ländern werden die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zu "Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgenossenschaften eGmbH" zusammengeschlossen, und nur diese Genossenschaften sollen Prüfungsaufträge entgegennehmen können. In Aussicht steht der Erlaß eines allgemeinen Pflichtprüfungsgesetzes für die gesamte private Wirtschaft. Es ist anzunehmen, daß die staatlichem Einfluß unterliegenden Wirtschaftsprüfungsgenossenschaften ihr auf Grund der Pflichtprüfungen gewonnenes Material gleichfalls der Wirtschaftskommission zur Verfügung zu halten haben. Kleinere Betriebe, die nicht unter diese Verordnung fallen werden, sind im übrigen von der Schließung bedroht, wenn sie nicht die vorgeschriebene Mindestzahl eingetragener Kunden haben.

Wirtschafts-Ztg. vom 16. Febr. 1949

Versicherungen in der Ostzone. In einem Rundschreiben heißt es, daß die Versicherer in der Ostzone, die ihre Prämien von 1945 bis jetzt an private Berliner Versicherungsgesellschaften leisteten, diese Beträge umsonst bezahlt haben, da "die Entwicklung der politischen Verhältnisse" eine weitere Aufrechterhaltung der Versicherungsverhältnisse nicht mehr möglich mache. Die verbotswidrige Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs in der Ostzone seitens einiger privater Versicherungsunternehmen wird von der DWK schärfstens verurteilt.

Wirtschaftsrevue vom 11. Februar 1949

STAT

3/2/49

Sender Leipzig vom 2. Febr. 49

Berlin: Die Tägliche Rundschau nahm in einem Artikel ihrer heutigen Ausgabe Stellung zu dem Interview mit Stalin, das überall in der Welt größte Beachtung gefunden habe. Der Artikel erwähnt auch die Stimmen der reaktionären Zeitungen, die die Äußerungen Stalins herabsetzen wollen, fährt jedoch dann fort, daß die Sowjetunion schon öfter gegenüber den Westmächten einen ausgesprochenen Friedenscharakter gezeigt habe. Es liege nun in den Händen der Westmächte, die Bereitschaft zu einer friedlichen Regelung anzunehmen. Wenn die Westmächte nicht wollen, so wisse man, wo die Schuld zu suchen sei und wer einer friedlichen Einigung im Wege stehe.

Prag: In der Zeit vom 7. bis 14. März findet in der Tschechoslowakei eine polnisch-tschechische Freundschaftswoche statt.

Berlin: Im Namen des Parteivorstandes der SED sandten PIECK und GROPE-WOL an Max REIMANN ein Telegramm, in dem es hieß: Wir fühlen uns aufs engste verbunden mit Deinem Kampf gegen die Losreißung des Ruhrgebiets und fordern Deine sofortige Freilassung. - Auch der Bundesvorstand des PDGB hat in einem Telegramm seine solidarische Verbundenheit zum Ausdruck gebracht. In der Verurteilung werde in erster Linie ein Schlag gegen das fortschrittliche Arbeiterdeutschland gesehen.

Leipzig: Wie der Direktor der Leipziger Frühjahrsmesse bekannt gab, zeige die westdeutsche Wirtschaft ein starkes Interesse an der Ausstellung, und zwar begründet er dies mit den zahlreichen Anfragen aus den Westzonen. Die meisten hoffen, die Frühjahrsmesse trotz der Schwierigkeiten besuchen zu können, da die westdeutsche Industrie keine Chance habe, ihren Export nach dem Osten ohne die Messe voranzutreiben. Der Direktor gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Alliierten den Leipziger Messebesuchern keine Schwierigkeiten bereiten werden.

Sender Moskau vom 2. Febr. 49

Zunächst wurden ausländische Pressestimmen zum Stalin-Interview durchgegeben; dann folgten deutsche.

Der Oberbürgermeister EBERT äußerte sich dazu wie folgt: Mit besonderer Genugtuung werden die Berliner die Erklärung Stalins zur Kenntnis genommen haben, daß alle Transportbeschränkungen aufgehoben werden, wenn die Westmächte dasselbe tun. Die Bereitschaft Stalins, mit Truman zusammenzukommen, sei ein weiterer und wichtiger Schritt zur friedlichen Auseinandersetzung, der nicht überschätzt werden dürfe.

Wie das Präsidium des Deutschen Volksrats erklärte, werde es keine Berliner Frage mehr geben, wenn die Westmächte ihre Maßnahmen einstellen und zu den Beschlüssen von Jalta und Potsdam zurückkehren.

Berlin: Die Sowjetunion entsprach dem Ersuchen der DWK auf Lieferung von 12 000 t Speisefett (7 000 t Pflanzenfette und 5 000 t tierische Fette) und von 40 000 t Getreide an die Sowjetzone. Der Transport erfolgt auf dem Schienenwege, und zwar in sowjetischen Militärzügen. Die Verrechnung erfolgt 1949/50.

Die Sicherung von Fett und Getreide aus der Sowjetunion hat in der demokratischen Presse ein vielfaches Echo gefunden. Die Tägliche Rundschau schreibt hierzu: Während man sich im Westen mit Kriegsvorbereitungen beschäftigt und die Transportmittel für Waffen- und Munitionsbeförderung in Anspruch nimmt, wird die Lebensmittellieferung durch sowjetische Militärzüge ~~ausgeführt~~ ausgeführt. Wer den Frieden will, arbeitet auch für den Frieden. Diese Unterstützung ist gleichzeitig ein moralischer Faktor, denn sie zeigt, daß die sowjetische Bevölkerung den Deutschen tatkräftig zur Seite steht.

Die Berliner Zeitungen beschäftigten sich heute eingehend mit der Verurteilung Max REIMANN's. Dieser gewährte vor seiner Verhaftung einem Vertreter der Berliner Zeitung das letzte Interview und äußerte: Die Erklärung Stalins ist ein erneuter Beweis für den aufrichtigen Friedenswillen. Der von Stalin geäußerte Wunsch gibt unserem Volk in letzter Stunde die Hoffnung, daß ein einheitliches Deutschland wieder hergestellt wird.

Der Kommentator befaßte sich mit Otto STRASSER und seiner Bewegung. Es hieß u.a.: Viele erinnern sich noch an diesen Namen. Er war einst der intimste Freund Hitlers. Da jedoch nicht zwei Führer werden konnten, mußte er weichen. Der Bruch war ein Konkurrenzkampf. Er war immer antisowjetisch eingestellt und ist es heute noch. Seine Flucht vor Hitler will er nun ausnutzen, um eine angeblich demokratische Gesinnung vorzutäuschen. Er überschwenkt seine Anhänger mit Richtlinien und Briefen und versucht alles, um wieder zurückzukehren. Seine politischen Agenten bereiten alles für seine Rückkehr vor. Die westdeutschen Magnaten haben schon mit 1 Mill. Mark geholfen. Der Sprecher warnte vor diesem alten Faschisten u. endete: Nur durch die Ausrottung des Faschismus könne man ein neues demokratisches Deutschland schaffen.

STAT

4 / 2 / 49

No. 29

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 3. Febr. 49

Wittenberg: In dem Stickstoffwerk Biederitz versammeln sich heute zahlreiche Delegierte und führende Vertreter der politischen Parteien und Massenorganisationen. Der stellvertretende Vorsitzende der DWK, Fritz SELBMAN, wird ein Referat über die Ziele des Zweijahresplans halten und einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage geben. Da im Rahmen des Zweijahresplans der Wirtschaft besonders große Aufgaben gestellt sind, soll geprüft werden, über welche Möglichkeiten die ostzonale Wirtschaft verfügt.

Dresden: Der Generalsekretär der Ostzonen-CDU, DEBETINGER, forderte nationalen Widerstand gegen das Ruhrdiktat. Das deutsche Volk habe einen Rechtsanspruch auf die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse. Es sei höchste Zeit, daß eine Widerstandsbewegung gegen den westlichen Imperialismus und seine Quislinge geschaffen werde.

Berlin: Ein erstes Warenaustausch- und Zahlungs-Abkommen zwischen der Ostzone und Dänemark ist abgeschlossen worden. Das Abkommen sieht gegenseitige Lieferungen im Werte von 18 Mill. dänische Kronen vor.

Berlin: Am Freitag und Sonnabend findet in Berlin die erste Aktivistentagung statt, an der 1 200 Hennecke-Aktivistinnen aus der ganzen Ostzone teilnehmen. Die Konferenz steht im Mittelpunkt der Berliner Werktätigen und Massenorganisationen, die zum Empfang der Aktivistinnen die Bahnhöfe und Straßen mit Spruchbändern geschmückt haben.

Eisenach: Auf dem dritten Volkskongreß des Landes Thüringen kamen 1 500 Delegierte zusammen, um sich Richtlinien für die kommenden Monate zu holen. Die Tagung stand im Zeichen des Protestes gegen das Ruhrdiktat und das Besatzungsstatut. Im Mittelpunkt stand die Rede des Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der SED, Bernhard KOENEN, der äußerte, daß diese Arbeiterkonferenz in einer Zeit stattfindet, in der eine große Auseinandersetzung beginnt. Koenen brandmarkte die verwerflichen Methoden der Westmächte, die gegen den Frieden arbeiten und den Tod Deutschlands wollen.

Sender Moskau vom 3. Febr. 1949

Wie aus unzähligen Entschließungen und Kundgebungen hervorgeht, sind die Stimmen zur Verurteilung Max REIMANN's in Berlin noch nicht abgeebbt. So heißt es: Max Reimann sei zur zentralen politischen Figur in Westdeutschland geworden, darum stecke man ihn 3 Monate ins Gefängnis. Weil er es wagt, die Wahrheit zu sagen, darum soll er mundtot gemacht werden. Wir wissen aber auch, daß solche Methoden schon einmal vom Faschismus gegenüber deutschen Arbeitern angewandt wurden. Diese Verurteilung lehrt uns, daß wir geeint und entschlossen für unsere demokratischen Rechte kämpfen müssen.

Der Kommentar beschäftigte sich wieder eingehend mit der Repatriierung deutscher Kriegsgefangener und führte aus, daß die Sowjetunion schon die überwiegende Mehrheit ehemaliger dt. Kriegsgefangener repatriert hätte. Die Heimsendung der übrigen würde im Laufe des Jahres 1949 abgeschlossen. Diese Erklärung der Sowjetunion entziehe aber den Schumacherleuten und ihren westlichen Auftraggebern den Boden unter den Füßen. Denn das deutsche Volk weiß nun, wie es mit ihren Kriegsgefangenen in Rußland steht. Wann werden jedoch die unzähligen Deutschen heimkehren, die in Frankreich und England als sogenannte Lohnarbeiter in der Industrie und Landwirtschaft oder als Soldaten in den Fremdenlegionen stehen? Das deutsche Volk richtet diese Frage in erster Linie an die sozialistischen Führer, die so eifrigen Anteil an den deutschen Kriegsgefangenen nehmen. Was werden wohl die Schumacherleute ihrem Volk auf diese Frage antworten? Werden sie überhaupt antworten?

STAT

STAT

149

No. 30

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====Sender Leipzig vom 4. Febr. 49

Berlin: Die Ostzonenkonferenz der 1 200 Aktivisten wurde heute vor- mittag in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Parteien und Massenor- ganisationen durch Helmut WARNEKE eröffnet. Neben Vertretern der Bau- ernaenschaft und der technischen Intelligenz begrüßte er auch einige Ver- treter der Besatzungsmacht. In seiner Ansprache äußerte er, daß die Bedeutung der Aktivistenbewegung u.a. darin liege, daß die von ihr an- gestrebte Steigerung der Produktion letzten Endes den Schlüssel zum besseren Leben biete. Dann ergriff HENNECKE das Wort. Er führte aus, daß es auf das Wie der Steigerung ankäme, und kritisierte, daß in vie- len Berichten die konkreten Angaben darüber fehlten, wie diese Arbei- ten zustande gekommen wären. Er schlug daher vor, in jedem größeren Betrieb die Arbeitsergebnisse zu sammeln und an die Industriegewerk- schaft weiterzuleiten, wo sie ausgewertet und dann allen Betrieben zu- gänglich gemacht werden. Seine Rede war nur kurz und schloß mit den Worten: Ich habe nicht viel Zeit zum Reden, ich muß Kohlen machen.

Berlin: Das Sekretariat der DWK hat im Einvernehmen mit der deutschen Justizverwaltung die Außerkraftsetzung einiger Gesetze aus der Nazi- zeit angeordnet. Die Gesetze behandelten vor allem die Erleichterung der Versteuerung der rüstungsindustriellen Tätigkeit.

Sender Moskau vom 4. Febr. 49Übersicht über die heutige Berliner Presse.

Die gesamte demokratische Presse Berlins stand heute im Zeichen der Aktivistentagung. Stimmungsberichte, Begrüßungsansprachen und Reden wechselten sich ab. Bekanntgaben von Ehrenspenden und Telegrammen folg- ten.

Max Reimann richtete aus dem Strafgefängnis seinen Gruß an alle Deut- sche, die für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands eintreten. Er erklärte, daß nicht er in diesem Prozeß verurteilt worden sei, son- dern jene deutschen Politiker, die durch ein Besatzungsstatut die Be- satzung verewigen wollen und die das Ruhrstatut akzeptieren. Es sei ihnen öffentlich bestätigt worden, daß sie ausländischen Mächten Hilfe und Beistand leisten und unter den Schutz der Verordnung Nr. 8 fallen. Daß sie also keine Vertreter der Interessen des deutschen Volkes seien. Wie auch in der Hitlerzeit werde er auf heute den Sträflingskittel in Ehren tragen. Ein Kommunist müsse stets bereit sein, Opfer zu brin- gen. Wo das deutsche Volk in den Besatzungen stehe, könne man am besten daraus erkennen, daß er kaum eine Woche nach der Freilassung Papens ins Gefängnis eingeliefert wurde.

Noch immer erhält die demokratische Presse zahlreiche Protestresolu- tionen, die zeigen, wie groß die Empörung ist, die die Verurteilung M.R. hervorgerufen hat. "Das verhängte Urteil trifft alle deutschen Pa- trioten. Das Urteil ist ein Schlag gegen alle, die es mit der fried- lichen Einheit ernst meinen, usw. usw."

Der anschließende Kommentar beschäftigte sich erneut mit der Repatri- erung deutscher Kriegsgefangener. Die aufgestellten Behauptungen und Erklärungen brachten nichts Neues.

Sender Leipzig vom 5. Febr. 49

Dresden: Der sächsische Landtag beschloß, 100 000 OM für den Berufswett- bewerb der Jugend zur Verfügung zu stellen, da er ein wichtiger Fak- tor zur Erfüllung des Zweijahresplanes sei und daher gefördert werden müsse.

Erfurt: Am 8. Febr. wird mit dem Bau einer Heimstättensiedlung begonnen. Bis Mai d.J. müssen 40 Wohnhäuser fertiggestellt werden.

Berlin: Die Aktivistentagung begann am zweiten Tag mit der Bekanntgabe bedeutender Lebensmittelzuschüsse an ca. 2 Mill. Werktätige und Erhö- hung der Zuckerration für die Gesamtbevölkerung. An ca. 30 000 Vertre- ter der Intelligenz werden Naturalpakete in drei versch. Kategorien ausgegeben. Die DWK ging bei ihrem Beschluß davon aus, daß diejenigen, die die schwerste Arbeit leisten, auch besser versorgt werden müssen.

Dresden: In Kürze werden der Landeshauptstadt 4 500 t Nett aus der SU zugehen.

STAT

8/2/49

No. 31

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 7. Febr. 49

Leipzig: Am kommenden Freitag wird in Sachsen-Anhalt ein Landeskongress für Einheit und gerechten Frieden durchgeführt.

Halle: Der Landtag von Sachsen-Anhalt tritt zur 41. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht u.a. ein Bericht über die Entwicklung der Wirtschaft Sachsen-Anhalts und über die Aufgaben des Zweijahresplans.

Berlin: Der Entwurf für eine neue Verfassung der FDJ stand im Mittelpunkt der Tagung des Zentralrates. Erich HONNECKER, der erste Vorsitzende der FDJ, referierte ausführlich über den Verfassungsentwurf sowie über die Grundsätze und die Organisation der FDJ. Der Zentralrat beschloß, den Entwurf nicht nur den Mitgliedern, sondern auch der Öffentlichkeit zu unterbreiten und jeden aufzufordern, Vorschläge und Verbesserungen einzureichen.

Leipzig: Otto GROTEWOHL und Prof. KASTNER sprachen zu Werktätigen eines sächsischen Betriebes. In seinen Ausführungen geißelte Kastner die imperialistische Politik der Westmächte. Er forderte zur nationalen Selbsthilfe auf und erklärte: Wir müssen eng zusammen stehen, denn es geht um unser Leben. Er bezeichnete die SU als einen Ort des Friedens, die als einzige weiterhin auf die Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse bestanden und ihr Einverständnis zum Aufbau einer deutschen Friedensindustrie gegeben habe. Otto Grotewohl betonte in seiner Rede, daß es die Aufgabe aller Deutschen sein müsse, gegen die Zerreißung Deutschlands energisch zu protestieren.

Berlin: Die Braunkohlengruben der Ostzone haben für Januar bei der Rohkohlenförderung ihr Soll mit 111 % und in der Briketterzeugung mit 114 % erfüllt, während der Prozentsatz bei den Steinkohlengruben 102,9 betrug. - "Die Arbeiter haben schon seit jeher erkannt, wie wichtig ihre Arbeit für den Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft ist. Sie haben keine Anstrengung gescheut, die Produktion von Jahr zu Jahr zu steigern; sie dürfen besonders stolz sein."

Halle: Am 18. und 19. Februar wird in Halle eine durch die SED einberufene Bauerntagung durchgeführt, an der ca. 500 Bauern teilnehmen. Walter ULBRICHT wird über die neuen Aufgaben der Landwirtschaft referieren, während Edwin HOERNLE über die Frühjahrbestellung sprechen wird. Der Tagung kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil auf ihr noch einmal die großen Aufgaben herausgestellt werden, die der Landwirtschaft bei der Erfüllung des Zweijahresplans zufallen.

Leipzig: Die Volksrepublik Polen wird auch auf der kommenden Frühjahrsmesse mit einer Kollektivausstellung vertreten sein, und vor allem Mineralien, Holz, Kohle, Häuten usw. zeigen.

Sender Moskau vom 7. Febr. 49Übersicht über die Berliner Presse.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die SU zusätzlich 52 000 t Fett und Getreide an die Ostzone liefern wird. Deutsche Stellen knüpften daran die Hoffnung, daß die DWK eine Rationserhöhung vornehmen würde. Eine eingehende Prüfung wurde zugesagt, und Heinrich KAU konnte auf der Abschlusssitzung der Aktivistentagung auf Grund der zusätzlichen Lieferung und der im letzten Halbjahr erzielten Produktionssteigerung Rationserhöhungen bekanntgeben. Die Tgl. Kundschaun nahm hierzu Stellung und führte aus, daß sich die Bevölkerung der Ostzone in der Zeit, als sich Westdeutschland dem USA-Kapitalismus verschrieb, an das große Aufbauwerk begeben habe. Bauern und Arbeiter - unterstützt durch die technische Intelligenz - haben sich zum Ziel gesetzt, sich so unabhängig wie möglich zu machen und begannen nun jetzt, ihre ersten Früchte zu ernten. Die neue Verbesserung der Lebensmittelversorgung sei der ehrliche Gewinn tagtäglicher Arbeit von Millionen Menschen. Die Tribüne brachte zum Abschluß der Aktivistentagung ein Nachwort, in dem es hieß, daß die Hennecke-Bewegung in der sowjetischen Besatzungszone geboren wurde. Sie hat inzwischen auch nach Berlin übergegriffen, wo die Werktätigen an die weitaus schwierigere Erfüllung ihrer Arbeit gehen. An den Berlinern liegt es jetzt, die Zone einzuholen, damit beide mit wachsendem Erfolg für Deutschland wirken können. Die Tagung hat bewiesen, daß die Aktivisten wertvolle Arbeit leisten.

STAT

No. 32

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 8. Febr. 49

Warschau: Für den Wiederaufbau der Stadt Warschau sind bis jetzt 3,73 Milliarden Zloty gesammelt worden.

Dresden: Die Stein- und Braunkohlenindustrie des Landes Sachsen hat die Auflage in allen Arbeitszweigen übererfüllt.

Leipzig: Der bekannte graphische Betrieb Teubner ist unter Treuhandverwaltung gestellt worden. Bis zur endgültigen Überführung in Volkseigentum wurde der Aktivist Streng als Treuhänder eingesetzt.

Halle: Die im Zweijahresplan vorgesehenen Aufgaben sowie Maßnahmen der ordnungsgemäßen Frühjahrsbestellung standen heute im Mittelpunkt einer von der SED einberufenen Bauerntagung. Der Wirtschaftsmin. des Landes Sachsen-Anhalt, Willi DIEKER, teilte mit, daß 55 Mill. OM für Institutionen usw. vorhanden seien und auch für das Dorf der Jugend größere Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Er äußerte, daß die Landesregierung die Deutsche Wirtschaftskommission um Erhöhung der Produktionssteigerung von 35 % auf 69 % bitten will. Was die Frühjahrsbestellung anbelangt, so wies ein weiterer Sprecher darauf hin, daß bis zum 24. Januar 81 % der Werkzeuge und Maschinen einsatzbereit waren. Dank Lieferungen aus der SU sei es möglich, die doppelte Menge an Stickstoff und Kali auszugeben. In einer Entschlieung stellte der Landtag von Sachsen-Anhalt fest, daß die rechtzeitige Durchführung der Frühjahrsbestellung von größter Wichtigkeit sei, und bat in einem Appell, für eine gute und pünktliche Bestellung Sorge zu tragen.

Berlin: Das militärische Sicherheitsamt trat heute zur Sitzung zusammen, in deren Verlauf auch der Umzug nach Bad Ems beschlossen wurde.

Sender Moskau vom 8. Febr. 49Übersicht über die Berliner Presse.

640 Delegierte, davon 249 aus den Westsektoren, nahmen an der Berliner Delegiertenkonferenz für Einheit und gerechten Frieden teil. Wilhelm KOENEN, Vorsitzender der SED des Landes Sachsen, gab einen umfassenden Bericht. Er sprach für die Entfaltung einer großen Widerstandsbewegung gegen den Krieg. Wir müssen die Einheit Berlins erzwingen und den neuen Geist nach dem Westen Berlins tragen.

Vom 5. bis 15. April finden in Berlin die Betriebsratwahlen statt. Der FDGB richtete vor allem an die Arbeiter und Angestellten in den Westsektoren einen Aufruf, in dem es heißt, die Spaltung unter keinen Umständen zuzulassen und sich ein Recht auf Freiheit sowie auf kulturelle und politische Betätigung zu schaffen. Tausende von Werktätigen hätten in Westberlin ihren Arbeitsplatz verloren, weitere Tausende führten ein klägliches Dasein. Wie anders wäre es da im Ostsektor. Dort gäbe es keine Unternehmerverbände, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind, noch Lohnabbau oder Schließung der Betriebe wegen Material- und Rohstoffmangels. Der neue Berliner Magistrat habe den Gewerkschaften volle Unterstützung zugesichert, während Reuter und Clique um die Verteilung von Pöstchen in Streit geraten seien und nichts anderes im Kopf hätten. Die politisch gespaltene Wirtschaft könne nur durch eine geeinte Arbeiterschaft wieder in die Höhe kommen, darum dürften die Werktätigen nicht zulassen, daß das wirtschaftliche und soziale Leben zerstört würde.

Die Berliner Ztg. berichtete, daß sich 176 657 Berliner Frauen für ein Verbot der Atomombe ausgesprochen haben. In Westberlin zeichneten sich 18 276 Frauen ein, obwohl dort das Sammeln von Unterschriften stark behindert war.

Ein Kommentar, der der Berliner Zeitung entnommen war, behandelte die Straßentransportsperre von der Bizone nach der Ostzone. So hieß es u.a.: Es ist eine Anmaßung, die in Betracht kommenden Länder einfach anzuweisen, ihren Warenverkehr mit der Ostzone per Straße einzuschränken. Aber sie haben jetzt ordre zu parieren, denn sie sind in den Marshallplansystem zu verstrickt, um noch ihre eigenen Interessen vertreten zu können.

STAT

STAT

No. 33

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 9. Febr. 49

Berlin: Josef ORLOPP, der Präsident der deutschen Verwaltung für Interzonen- und Außenhandel, nahm auf einer Konferenz Stellung zu der von den Anglo-Amerikanern verhängten Transitsperre, durch die der friedliche Wiederaufbau gestört werden soll. Wie er weiter ausführte, wollen die Westmächte versuchen, die Erfüllung des Zweijahresplanes zum Scheitern zu bringen. "Dieses wird ihnen aber nicht gelingen, denn mit dieser Anordnung trifft man nicht die Ostzone und Osteuropa, sondern vielmehr Westdeutschland und die westlichen europäischen Länder. Bei diesen besteht schon jetzt ein Dollardefizit, das nur durch den Handel mit Osteuropa ausgeglichen werden kann. Wenn man nun den westeuropäischen Staaten den osteuropäischen Markt verschließt, so bedeutet das für diese Länder Absatzschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit. Der Aufbau der Ostzone läßt sich nicht aufhalten. Um über genügend Rohstoffe verfügen zu können, wird sie ihren Handel mit Osteuropa verstärken."

Moskau: In der SU erscheinen zur Zeit 7 000 Ztg. mit einer Auflage von 30 Mill. Exemplaren. An Büchern und Broschüren werden 500 Mill. Exemplare herausgegeben.

Dresden: Die gesamte Industrie des Landes Sachsen hatte 1948 eine 33 %ige Produktionssteigerung. Die Erfolge sind auf die neue Einstellung der Werktätigen zur Arbeit und auf die Vervollkommnung der Betriebsanlagen zurückzuführen.

Leipzig: Bernhard GOERING, der 2. Vorsitzende des FDGB, behandelte heute in einem Leipziger Betrieb vor Studenten und Arbeitern die Rolle der studierenden Jugend in Wirtschaft und Gesellschaft. Er rief der Jugend zu, daß sich die geistige Umerziehung auf die schöpferische Intelligenz erstrecken müsse. Die aktivistische Jugend müsse erkennen, daß nur die sozialistische Gesellschaft den Menschen den Weg zum Frieden weise.

Der Kommentar beschäftigte sich mit dem Kardinalsprozeß.

Sender Moskau vom 9. Febr. 49Übersicht über die Berliner Presse.

Am 7. Februar hat die sowjetische Besatzungsmacht alle sequestrierten Betriebe und Vermögen dem demokratischen Magistrat übergeben. Damit sind diese Betriebe Volkseigentum geworden. Bis zur gesamtdeutschen Regierung übernimmt die Stadt Berlin die Verwaltung. Die Listen der betreffenden Werke sollen noch in dieser Woche veröffentlicht werden. Vorerst wird das verabschiedete Enteignungsgesetz nur im Ostsektor realisiert werden. Unter den Betrieben, die jetzt in Volkseigentum übergehen, befinden sich die größten und wichtigsten Werke des Ostsektors. Die deutsche Treuhandverwaltung, die bislang die Leitung innehatte, wird aufgelöst. Dafür wird beim Magistrat ein Hauptamt für volkseigene Betriebe gebildet. - In einem Leitartikel der täglichen Rundschau nimmt Karl MARON zu diesem Gesetz Stellung. Schon seit langem fordern die Berliner die Durchführung des im März 1947 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Enteignungsgesetzes, nicht nur, weil es sich um die gerichtliche Bestrafung der Nazis handelt, sondern weil eine schnell fühlbare Besserung unserer Lage nur durch die Demokratisierung unserer Wirtschaft möglich ist.

In einem Bericht zur Verfassungsdiskussion gab das Sekretariat der DDK bekannt, daß der Verfassungsentwurf z.B. in Thüringen bisher in rund 3 000 öffentlichen Versammlungen behandelt worden ist. An den Versammlungen in den fünf Ländern der Zone nahmen ca. 900 000 Personen teil. Unzählige Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge sind bisher eingereicht worden, unter denen sich wertvolle Anregungen befinden.

Die Reichsbahn wird im April d.J. nicht zum Erliegen kommen, wie es der ehemalige Gen. Direktor der Eisenbahn, BRSENER, behauptet hat. Vielmehr wird die Aktivistenbewegung dafür sorgen, daß der Verkehr noch besser wird, gab KREIKEMEYER auf der Transportkonferenz in Berlin bekannt. Wie die Bln. Ztg. in einem Eigenbericht aus Düsseldorf berichtet, häufen sich noch immer die Protestbriefe und Telegramme, die gegen das Reimannurteil Stellung nehmen. So heißt es in einem Brief: Was soll werden, wenn sämtliche Abgeordneten des Parlamentarischen Rates ins Gefängnis kommen? Das wäre nämlich der Fall, wenn der Rat geschlossen das Konstatut ablehnen würde.

STAT

STAT

11/2/49

No. 34

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 10. Febr. 1949

Jena: Die monatliche Penicillinherstellung soll bis Ende des Jahres um das Zwölfwache gesteigert werden.

Dresden: Die Zahl der Freien Läden hat sich seit Beginn des Jahres um 4, die der Freien Gaststätten um 7 erhöht. Danach besitzt Sachsen jetzt je 13 Freie Läden und Gaststätten.

Leipzig: Bulgarien wird auf der kommenden Frühjahrsmesse mit einer Kollektivausstellung vertreten sein. Neben Tabakwaren, Früchten und Weinen werden insbesondere wieder die handgewebten Teppiche reges Interesse finden.

Berlin: Im Rahmen der Außenhandelsverträge trafen in den ersten 10 Tagen d.J. 66 000 t Steinkohlen sowie Koks aus Polen, 10 000 t Koks aus der Tschechoslowakei sowie Schwefelkies, Geflügel, Fische usw. aus anderen Ländern in der Ostzone ein.

Berlin: Die Qualität des Brotes in der Ostzone soll weiter verbessert werden. Das Brot wird in Zukunft aus Roggen- und 8 % Weizenmehl hergestellt. Für Brötchen und Weißrot wurden für das 1. Quartal 67000 t Mehl bereit gestellt.

Leipzig: Die Rauchwarenwirtschaft wird auch auf der kommenden Frühjahrsmesse wieder den Tausch von Roh- gegen Fertigwaren einrichten. Fertigwaren in Höhe von über 1/4 Mill. Mark sind bereit gestellt.

Leipzig: 10 000 Leipziger Schulkinder werden im Sommer an der örtlichen Ferienerholung teilnehmen. Als erste Stadt in der Ostzone führt Leipzig auch diese Ferienerholung im Winter durch. Große Betriebe haben zu diesem Zweck ihre Gemeinschaftsräume zur Verfügung gestellt.

Jena: Rund 10 000 Facharbeiter wurden im Lande Sachsen-Anhalt in den vom FDGB durchgeführten Fachkursen herangebildet. Für weitere 11 660 Jugendliche ist eine Fachschulausbildung vorgesehen.

Berlin: Aus Polen zurückgekehrte deutsche Kriegsgefangene sagten aus, daß ihr Gesundheitszustand gut sei. Der klassenbewußte polnische Arbeiter habe in ihnen den deutschen Arbeiter gesehen und geachtet. Er habe alles getan, um ihnen das Leben zu erleichtern. Deshalb seien sie als Freunde von den polnischen Arbeitern geschieden und ließen sich diese Freundschaft nicht durch Tendenzartikel der westlich lizenzierten Presse nehmen.

Sender Wokau vom 10. Febr. 49Übersicht über die Berliner Presse.

In einer zweitägigen Transportkonferenz diskutierten Angehörige der Reichsbahnverwaltung und Aktivisten über eine weitere Leistungssteigerung. Im Mittelpunkt stand die Rede des Generaldirektors Willi KREIKEMEYER. Er führte aus, daß die S-Bahn im vergangenen Jahr über 90 Mill. Menschen befördert habe. Daß diese Leistung möglich war, sei nur den Arbeitern in den Werkstätten zu verdanken, die durch ihre unermüdlige Arbeit die Züge in Ordnung hielten, so daß sie der erhöhten Leistung gewachsen waren. Kreikemeyer versicherte, daß in kürzester Frist noch mehr Lokomotiven einsatzbereit wären.

Gut unterrichtete Kreise bestätigen, daß der frühere SS-Führer und Herausgeber des "Schwarzen Korps", Günther d'ALQUEN, im Auftrage des State Dep. seit Monaten in Washington ist. Es wird auch angenommen, daß Otto SKORZENY sich im Dienste des State Dep. befindet und sich in den USA aufhält.

Die Tgl. Rundschau führte aus, daß sich die erhebliche Besserstellung der Industriearbeiter im Ostsektor aus den Lohnerhöhungen ergebe, die laufend durchgeführt werden. Die Lohnerhöhungen und die teilweise Einführung des Leistungslohnes bewirken ein weiteres Ansteigen der Nettoverdienste.

Der Kommentar beschäftigte sich mit den IG-Farbenwerken. Es hieß, daß die Amerikaner über die Betriebe der IG in Bizonien eine unbeschränkte Kontrolle ausüben und dort die Produktion von Kriegsmaterial organisieren. Sie verfolgten die Politik, Westdeutschland gänzlich den Interessen des aggressiven amerikanischen Kapitals unterzuordnen, und zwar durch Aneignung der wichtigsten Industriezweige und durch die Verwandlung Bizoniens in eine strategische Rüstungsoasis gegen die SU und die Länder der Volksdemokratie.

No. 35

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====12/2/STAT
49Sender Leipzig vom 11. Februar 1949

Berlin: Gegen den Beschluß des Parlamentarischen Rates in Bonn, die Westsektoren Berlins als zwölften Staat in die westdeutsche Bundesrepublik einzubeziehen, wandte sich der Landesvorstand der SED an alle fortschrittlichen Kräfte Berlins; denn durch den Bonner Beschluß würde die Westberliner Wirtschaft völlig zum Erliegen kommen.

Schwerin: In Mecklenburg zeichneten sich rund 475 000 Frauen in die Listen des DPB gegen die Verwendung der Atomombe ein.

Berlin: Zur Unterstützung der Frühjahrseinstellung sind Leistungswettbewerbe unter den Düngemittelfabriken angeregt worden. Vereinzelt volkseigene Betriebe sind schon untereinander in den Wettbewerb getreten. Es geht um möglichst große Produktionssteigerung. Die bis jetzt erzielten Leistungen sind beachtlich. In Sachsen stehen neun volkseigene Kalkwerke im Wettbewerb. Den größten Engpass bildet jedoch der Taggonmangel.

Leipzig: Auf der kommenden Frühjahrsmesse wird die Textil- und Bekleidungsindustrie mit ca. 1000 Ausstellern als größte und umfangreichste Branche vertreten sein. Kleiderstoff- und Tuchindustrie bringen ein reiches Angebot. Auch das Ausland wird mit neuesten Modellen und verschiedenartigen Stoffen vertreten sein.

Potsdam: In der heutigen 79. Plenarsitzung des brandenburgischen Landtags wurde Otto MEIER (SED) zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Friedrich Ebert war von diesem Posten nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin zurückgetreten.

Halle: Adolf HENNECKE nahm vor Studenten und Arbeitern zu der Frage Stellung: Bedeutet die Aktivistenbewegung Ausbeutung? Hennecke verneinte das und führte aus, daß die Aktivisten zum überwiegenden Teil in volkseigenen Betrieben tätig seien und die Mehrproduktion daher dem Volke zu gute käme. Mit körperlicher Ausbeutung hätte die Mehrleistung nichts zu tun, entscheidend sei vielmehr der neue Arbeitsgang.

Halle: Die Landesdelegiertenkonferenz der Volkssolidarität nahm heute zum politischen Geschehen Stellung und wandte sich gegen den Versuch der Spaltung Deutschlands und gegen das Besatzungsstatut. Die Volkssolidarität als der Block der demokratischen Parteien könne diesem Angriff der imperialistischen Völker nicht passiv gegenüberstehen. Sie fordere vielmehr die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Wiedereingliederung des Ruhrgebiets, den Abschluß eines Friedensvertrages mit einer deutschen Regierung und Abzug der Besatzungstruppen.

Berlin: Die von der DWK beschlossene Zuckerrationserhöhung sowie die für einen Teil der Bevölkerung vorgesehenen Rationsverbesserungen stellen eine weitere spürbare Hebung der Ernährungslage dar. Ein befriedigender Stand der Versorgungslage ist damit zwar noch nicht erreicht, doch ist ein hoffnungsvoller Anfang zu verzeichnen. Von der Erfüllung und Übererfüllung des Zweijahresplanes hängt es nun ab, ob weitere Verbesserungen durchgeführt werden können.

Sender Moskau vom 11. Februar 1949Auszüge aus der Berliner Presse.

Die gesamte demokratische Presse beschäftigte sich heute mit dem Beschluß des Parlamentarischen Rates, Westberlin als 12. Staat in die westdeutsche Bundesrepublik einzubeziehen, und nahm zu der Reise Reuters nach England und Frankreich Stellung. Die Tribune schrieb: Das Beschämende an der Angelegenheit ist, daß im Falle Berlin die Westmächte nicht die Initiatoren zu sein scheinen, sondern vielmehr die deutschen Politiker. Reuters laufe sich die Hacken wund, um Zustimmung für seine Vorschläge zu erlangen. Doch England halte den Zeitpunkt noch nicht für gegeben und auch Frankreich messe anscheinend der ganzen Angelegenheit keine große Bedeutung bei. Für das deutsche Volk gebe es nach wie vor nur ein Ziel: Die deutsche Einheit und Berlin als Hauptstadt.

Um die Produktion an Eisen und Stahl zu erhöhen, sind für die entspr. Werke hohe Investitionen vorgesehen, die es ermöglichen sollen, die Werke den hohen Anforderungen anzupassen. So soll z.B. die Maximilianhütte vom Drei-Ofen-Betrieb zum Vier-Ofen-Betrieb umgestellt werden.

STAT

No. 36

Auszüge aus Rundfunkberichte

1412/49
STATSender Leipzig vom 12. Febr. 1949

Erfurt: 185 Verbesserungsvorschläge gingen bei der Coerpostdirektion ein, von denen 80 % brauchbar sind. Die Vorschläge betreffen vor allem den Fernsprech- und Telegrammdienst sowie die Laufzeit der Briefsendungen.

Berlin: Aus Anlaß der heute vor einem Jahr stattgefundenen Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission gab der Vorsitzende, Heinrich RAU, einen kurzen Rechenschaftsbericht. Bei dieser Gelegenheit unterstrich er, daß die DWK niemals ein Versprechen gegeben habe, das sie nicht erfüllte. Die Erfüllung des Halbjahresplanes für 1948 habe bewiesen, daß die Pläne real seien. Die DWK betrachte es als oberste Pflicht, im Interesse des ganzen deutschen Volkes eine demokratische Wirtschaft aufzubauen und die Verwaltung zu vereinfachen. Rau gab dann die ersten Ziffern über die Erfüllung des Zweijahresplanes im Januar bekannt. Sie betragen für Roheisen 105 %, Stahl 103 % und Walzen 99 %. Im Kupfererzbergbau konnten wegen Mangel an Arbeitskräften nur 82 % erreicht werden. Unterschiedliche Ergebnisse gab es auch in der Chemie. So betragen die Ergebnisse bei der Schwefelsäure 104 %, bei Soda 94 % und bei Salpeterhosphat nur 71 %. Wie Rau erklärte, soll, sobald ein Zurückbleiben vorliegt, alles daran gesetzt werden, um die Schwierigkeit zu beheben.

Leipzig: Am 11. März findet eine Bauversammlung statt. Auf dem Programm steht: Das Bauwesen in der Ostzone und seine Aufgaben im Zweijahresplan.

Sender Leipzig vom 13. Febr. 1949

Berlin: Das sächsische Volksbildungsministerium bringt in einem an den Oberbürgermeister von Berlin, EBERT, gerichteten Schreiben seine Verurteilung zum Ausdruck. Der beschleunigte Wiederaufbau der Berliner Universität sei eine nationale Aufgabe ersten Ranges. Das Volksbildungsministerium forderte in einem Aufruf die sächsischen Hochschulen und Landesschulen auf, die Berliner Universität tatkräftig zu unterstützen.

Dresden: Die Auslieferung der erhöhten Zuckerration ab 1. März d.J. ist für Sachsen in vollem Umfang gesichert.

Berlin: Am 16. und 17. März findet in Berlin ein Kongreß der ländlichen Genossenschaften statt. Auf dem Kongreß soll ein Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften gegründet werden.

Sender Leipzig vom 14. Febr. 1949

Dresden: In zahlreichen Kundgebungen gedachte die Dresdener Bevölkerung der Opfer, die vor vier Jahren durch die anglo-amerikanischen Luftangriffe ums Leben kamen. Walter Sabler (?) forderte die Bevölkerung auf, alles zu tun, um die Wiederholung eines Krieges mit seinen Schrecknissen zu verhindern.

Eisenach: Der neue BMW-Personenkraftwagen, der auf der internationalen Brüsseler Automobilausstellung zu sehen war, wird in diesem Jahr serienmäßig hergestellt. Auf der kommenden Frühjahrsmesse wird auch eine Rennwagen-Neukonstruktion desselben Werkes zu sehen sein.

Schwerin: Die diesjährigen Vorbereitungen zur Frühjahrsbestellung nehmen überall den ersten Platz ein. Im Rostocker Bezirk waren von 340 Treckern kürzlich schon ca. 290 einsatzbereit. - Auch alle Kreis-tagsgemeinschaften werden sich aktiv an der Frühjahrsbestellung beteiligen. In verschiedenen Gegenden wurden schon Arbeitsgemeinschaften gebildet.

Warschau: Zwischen Polen und Frankreich ist ein neues Handelsabkommen unterzeichnet worden, das für das laufende Jahr Waren im Werte von 6 Milliarden ffrcs. für jeden Vertragspartner vorsieht. Während Frankreich vor allem Chemikalien liefern wird, wird Polen Phosphate exportieren.

STAT

15/2/49
STAT

No. 37

Auszüge aus Rundfunkberichten
=====Sender Moskau vom 14. Februar 1949Übersicht über die Berliner Presse.

Die demokratische Presse ist heute angefüllt mit Artikeln, in denen die Gelegenheit über die Entlassung Max REIMANN's aus dem Gefängnis zum Ausdruck kommt. U.a. wird ein Interview mit ihm veröffentlicht, bei dem ihm die Frage gestellt worden war, ob das Urteil und seine Begründung ihn zu überzeugen vermocht haben, daß seine politische Haltung zum Ruhr- und Besatzungsstatut und zur Politik seiner deutschen Befürworter falsch gewesen sei. Er erklärte darauf: "Im Gegenteil. Durch die Inhaftierung hatte ich Gelegenheit, noch einmal die politische Situation und die Politik der Parteiführungen in Westdeutschland in aller Ruhe zu überprüfen. Ich kam zu dem Ergebnis, daß es nur eins geben kann: Einstellung jeder Tätigkeit, die zur Konstituierung eines separaten westdeutschen Staates führen muß. Wenn ein einheitliches Deutschland entstehen soll, darf kein deutscher Politiker bei der Vorbereitung und Durchführung des Ruhr- und Besatzungsstatuts mitwirken. Die Sympathien, die mir entgegengebracht wurden, bestärken mich und meine Partei in der Zuversicht, daß alle reaktionären Bestrebungen gegen die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes scheitern werden an der Entschlossenheit und Stärke der friedliebenden Kräfte Deutschlands und der Welt."

Die Ztg. Neues Deutschland führt die Freilassung M.R. auf den Widerstand des deutschen Volkes zurück. Durch das Schandurteil fühle sich jeder verletzt. Tausende und aber tausende hätten mit einem Mal die drohende Gefahr erkannt. Die mit Erfolg gekrönten Proteste seien noch nicht beendet. Der Kampf gegen Ruhr- und Besatzungsstatut werde fortgesetzt.

Sender Leipzig vom 14. Februar 1949

Dresden: Die ersten 253 sächsischen Kinder, die im Rahmen der Volkssolidarität einen sechswöchigen Erholungsurlaub verleben, fahren morgen nach der Insel Rügen.

Düsseldorf: Der Vorsitzende der KPD, Max REIMANN, erklärte heute, daß er seine politische Tätigkeit wieder aufgenommen habe. Morgen werde er sich über den Stand der Beratungen im Parlamentarischen Rat unterrichten. Am kommenden Sonntag will er auf einer Kundgebung über das Ruhrstatut und über die Gründe seiner Verhaftung sprechen.

Dresden: Etwa 1/5 des gesamten Bedarfs an Eisen und Stahl wird die sowjetische Besatzungszone auf Grund abgeschlossener Handelsverträge aus der SU erhalten. Durch die Einfuhr und die Eigenproduktion könne der Gesamtbedarf sichergestellt werden. 35 000 t Walzwerkerzeugnisse sind bereits aus der SU eingetroffen, weitere vier Güterzüge mit Stahl sind angekündigt. Das Material aus der SU wird allgemein als beste Qualität bezeichnet.

Berlin: An der russisch-amerikanischen Sektorengrenze kam es heute zu einer Friedenskundgebung. Einer der Sprecher äußerte, daß - wenn es zu einem dritten Weltkrieg käme - auch das letzte Dorf bald so aussehen würde wie Berlin und Berlin wie die Rüdersdorfer Kalkberge.

Der Kommentar beschäftigte sich eingehend mit der Frühjahrsbestellung. Der Sprecher erklärte, daß die Vorbereitungsmaßnahmen besonders intensiv durchgeführt werden müßten, wenn die Ernährung weitere Verbesserungen erfahren solle. Durch die gute Ernte 1948 stehe die Frühjahrsbestellung in diesem Jahr in einem günstigeren Zeichen als im vergangenen Jahr. Die Zuteilung von Düngemitteln erfolge planmäßig. In den letzten Tagen sei die Kalkzuteilung sogar um 1 000 t erhöht worden. - Der Maschinenspark müsse einsatzbereit sein. Die Ackergeräte seien zu 98 % gut. Weniger gut sei der Stand der motorisierten PS. Deshalb müßten alle Kräfte mobilisiert werden, um auch die letzten Maschinen bis zum Beginn der Frühjahrsbestellung fertigzustellen. - Von den Blockparteien und Massenorganisationen sei Unterstützung zugesagt worden. Es dürfe dabei aber nicht nur bei einem Zeitungsaufruf verbleiben. Vielmehr müsse jeder einzelne in Stadt und Land sich einsetzen, denn die Frühjahrsbestellung sei eine staatspolitische Aufgabe.

STAT

No. 56

Auszüge aus Presseberichten

=====

Todesanzeigen verboten. Das Innenministerium hat die Nachrichtenämter in Sachsen-Anhalt angewiesen, beim Tode heimgekehrter Gefangener keine Traueranzeigen mehr zu veröffentlichen. Auch auf den Grabsteinen darf die Todesursache nicht angedeutet werden.

Nach Anordnung der DNK sind die Kommunalbetriebe der Ostzonen-Städte, die bisher den einzelnen Stadtverwaltungen unterstanden, einem "Kommunalwirtschaftsunternehmen" unterstellt worden. Durch diese Maßnahme soll das Übergewicht der LDP und der CDU in einzelnen Städten ausgeschaltet werden; denn die "Verwaltungsräte" des "KWU" (Kommunalwirtschaftsunternehmen) bestehen meist nur aus Mitgliedern der SED oder des PDGB.

Welt vom 1. Febr. 1949

Besserung der Arbeitsmarktlage. Für die kommenden Monate wird ein allmählicher Rückgang der Beeinträchtigung des Arbeitslebens der Berliner Westsektoren erwartet. Infolge der sowjetischen Blockade und der dadurch bedingten Schwierigkeiten, insbesondere in der Beschaffung von Kohle und in der Stromerzeugung, war seit November 48 in den Westsektoren die Zahl der stillgelegten oder verkürzt arbeitenden Betriebe ständig gestiegen. Am 15. Jan. 1949 waren insgesamt 108560 Westberliner Arbeitskräfte dadurch betroffen, von denen 44 953 arbeitslos geworden waren. In den letzten Tagen ist die Arbeitslosenziffer gleich geblieben. Für die kommenden Wochen und Monate wird nun eine Besserung erwartet. Die Entlastung dürfte einmal durch die längere Tagesdauer und den zu erwartenden Rückgang an Lichtstromverbrauch eintreten, wobei freiwerdende Strommengen der gewerblichen Wirtschaft zugute kommen könnten. Weiterhin wird auf die aussichtsreichen Verhandlungen verwiesen, die zur Klärung der Rohstoffe, der Kredite und des Transportraums für die Westberliner Wirtschaft von den Vertretern des Magistrats und der Industrie augenblicklich in Westdeutschland geführt werden.

Telegraf vom 28. Jan. 49

Wertpapiere. Die in Berliner Banken bei Kriegsende deponierten Wertpapiere, die von den Sowjets als Kriegsbeute abtransportiert wurden, sollen demnächst in Westdeutschland auf den Markt gebracht werden, um die Währung der Westzonen zu erschüttern. Diese Vermutung äußerten der SWA nahestehende Kreise im Zusammenhang mit dem Ost-Berliner Besuch des schwedischen Bankiers Olaf ASCHBERG, der sich in den ersten zehn Jahren der Sowjetherrschaft den Kuhn eines "Bankiers des Kremls" erworben hatte. Angeblich hat Aschberg einen Teil der 1945 in sowjetische Hände gefallenen Uraltwchsel bereits nach Hamburg mitgenommen. Von dort aus werden diese Wertpapiere möglicherweise durch Mittelsmänner in Westdeutschland in den Verkehr gebracht, um dem Kommunismus Einfluß auf die westdeutsche Wirtschaft zu verschaffen.

Süddeutsche Ztg. vom 1. Febr. 1949

SPD im Ostsektor. Wie die Pressestelle des SPD-Landesverbandes Berlin bekanntgibt, wird die Parteiarbeit der SPD im Sowjetsektor so lange aufrechterhalten, wie der Ostmagistrat oder die SWA nicht "direkte Maßnahmen" zur Behinderung der politischen Arbeit der SPD ergreifen.

In einem Schreiben an das Zentralsekretariat der SED erklärte die bisher nichtlizenzierte kommunistische Parteioption, das Ruhrgebiet und die deutschen Ostgebiete seien wichtige Bestandteile Deutschlands, die auf keinen Fall abgetrennt werden dürften. Die SED sollte sich verantworten, weshalb sie nicht gegen die Abtretung der deutschen Ostgebiete opponiere.

Die Welt vom 1. Febr. 49

Enteignung der Mitropa. Die in der Ostzone ansässigen Gesellschaften Mitropa AG und Deutsches Reisebüro AG sollen enteignet werden. Beide Gesellschaften werden der Reichsbahn unterstellt, um dadurch die Einnahmen der Hauptverwaltung Verkehr in der Sowjetzone zu steigern. Das Reisebüro soll zusätzlich zum Fahrkartenverkauf auch den Verkauf von Theater- und Kinokarten übernehmen.

Allgem. Ztg. vom 2. Febr. 49

STAT

STAT

4/2/49

No. 57

Auszüge aus Presseberichten

LDP in der Ostzone. Auf dem 4. Parteitag der sächsischen LDP in Dresden erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Ostzonen-LDP, "Volkspräsident" Professor KASTNER, "allein die Politik der Sowjetunion verbürgt dem deutschen Volk eine Verbesserung seiner Lage". Die Deutschen hätten alle Veranlassung, sich mit der "gewaltigen Entwicklung in der Sowjetunion" zu beschäftigen. Zur Verhaftung von LDP-Mitgliedern sagte der wiedergewählte sächsische LDP-Vorsitzende, Ministerialdirektor BRETSCHNEIDER, die Verhafteten hätten sich "illegal betätigt".
Die Welt vom 1. Febr. 49

West-Berlin. Die Bestrebungen der Sowjets, hochqualifizierte Facharbeiter, vor allem aus der Metall- und Holzbranche, aus Westberlin abzuziehen, werden als keineswegs besorgniserregend bezeichnet, da es sich bei den betreffenden Arbeitern herumgesprochen habe, daß die Versprechungen der Behörden des Ostsektors auf höhere Löhne und zusätzliche Ernährung nicht eingehalten würden. In Westberlin werde man es durch eine produktive Arbeitsausfallunterstützung ermöglichen, hochqualifizierte Facharbeiter z.B. mit Reparaturarbeiten ähnlichen produktiven Aufgaben auch dann in den Betrieben zu halten, wenn die normale Produktion nicht oder nicht ausreichend laufen kann.
Telegraf vom 28. Jan. 49

Aufruf des Dt. Volksrats. Der Deutsche Volksrat forderte in einem Aufruf an das deutsche Volk alle Deutschen zur nationalen Selbsthilfe gegen den nationalen Notstand auf. Es heißt: "Protestiert in Stadt und Dorf, in Betrieben, Gruben und Verwaltung gegen die Zerreißung Deutschlands. Demonstriert für die demokratische Einheit. Erklärt euch gegen die Abspaltung Westdeutschlands und gegen ein Besatzungsstatut, für den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen".

Der Vorsitzende der DNK, Heinrich RAU, sagte auf der ersten Sitzung, daß die Arbeit der DNK allein der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Ostzone und der Sicherung des Volkseigentums diene. Die DNK wolle ein Beispiel dafür geben, daß der Aufbau aus eigener Kraft durchaus möglich sei. Damit werde ein entscheidender Schlag gegen die westdeutschen Politiker geführt, die für den Marshall-Plan plädieren.

Neue Volks-Zeitung vom 2. Febr. 49

Verkehrswesen in der Ostzone. Auf der Transportkonferenz hielt Prof. Dr. FEINRUBER einen Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit 48 und über die Aufgaben, die sich für das Jahr 1949 ergeben. Bezüglich des Eisenbahnverkehrs konnten 1948 erhebliche Fortschritte erzielt werden, doch stehen dem auch ernste Mängel gegenüber, unter denen Ladefristüberschreitungen und eine verhältnismäßig große Anzahl von Zusammenstößen an erster Stelle stehen. Er forderte, daß zukünftig die Unfälle, die sich zu 40 % aus Misseleistungen ergeben, verringert werden müssen. Der Verkehr muß mit dem Pfennig zu rechnen lernen und die Aufgabstätigkeit muß streng eingeschränkt werden. In der Gestaltung der Güterwagen müsse zu einer elastischeren Arbeitsweise gekommen werden.
Neues Deutschland vom 22. Jan. 49

Bautätigkeit in der Ostzone. Die ostzonale Wirtschaftskommission hat "jegliche Errichtung von privaten Baulichkeiten" verboten. Der Mangel an Baustoffen wirkt in der Ostzone infolge der rücksichtslosen Entnahme der Sowjets verheerend auf die Bautätigkeit. Wichtige öffentliche Bauten, wie die Wiederherstellung einer großen Brücke, wurden nur dadurch möglich, daß die städtische Bauverwaltung sich den notwendigen Zement lieh. Bei voller Ausnutzung der Kapazität könnten in Ostdeutschland 1,4 Milliarden Ziegelsteine jährlich hergestellt werden, das tatsächliche Produktionsergebnis betrug im ersten Halbjahr 1947 jedoch nur 101 Millionen. Mit der Erzeugung von Dachziegeln ist es dasselbe.
Wirtschafts-Zeitung vom 5. Febr. 49

Die volkseigenen Strumpfwirke TSO und HOGO in Oberlungwitz im Kre. Glau-chau wurden zu einem Betrieb verschmolzen, um Verwaltungskosten einzusparen und einen sinnvollen Ausgleich der Arbeitskräfte herbeizuführen. Die Kapazität beider Werke betrug insgesamt bis 208 000 Paar Strümpfe monatlich.

Wirtschaftsrevue vom 28. Jan. 49

STAT

49
 STAT

No. 58

 Auszüge aus Presseberichten.
 =====

Bescheidener Ostzonenplan. Obwohl nicht bekannt ist, um wieviel die Produktion im Jahre 1949 in der Ostzone erhöht werden soll, erwartet man wegen des sinkenden Reparationsanteils eine Steigerung um ungefähr ein Fünftel. Aus den Angaben über die geplante Produktionserhöhung in verschiedenen Industriezweigen geht hervor, daß beabsichtigt ist, auch 1949 die Verbrauchsgüterindustrien zu vernachlässigen. Die geplante Zunahme der Schwefelsäureproduktion ist im Vergleich zu dem, was bereits für 1948 vorgesehen war, recht gering. Davon hängt aber die Produktion von Kunstfasern ab. Erst wenn diese genügend vorhanden sind, können mehr Carne erzeugt und die Gewebeproduktion gesteigert werden. Weiterhin werden die größten Anstrengungen darauf gerichtet sein, die Grundindustrien und die Investitionsgüterindustrien, also die Metallgewinnung oder den Maschinenbau, auszuweiten, "da erst die Grundlagen geschaffen werden müssen, ehe die Verbrauchsgüterindustrien entwickelt werden können".

In der Ostzone bedeutet die Bevorzugung des Maschinenbaues und ähnlicher Industriezweige, daß man den Reparationswünschen der Sowjetunion entgegenkommt, die sich mehr und mehr auf Werkzeugmaschinen und andere Investitionsgüter verlagern. Man sieht daraus, wie sehr der Produktionsplan der Ostzone auf die Bedürfnisse der Sowjetunion abgestellt ist.

Das Ziel für 1949 ist nicht weit gesteckt, da es erst einen Stand von ungefähr 60 v.H. der Produktion von 1936 bedeutet. Man hofft jedoch, den Zweijahresplan früher als beabsichtigt erfüllen zu können. Durch die fehlenden Arbeitsreserven sind diese Pläne gefährdet. Daher wird so eindringlich auf die Hennecke-Bewegung gewiesen.

Neue Zeitung vom 3. Februar 1949

Kommt eine Krise in der Ostzone? Nach Bericht des bisherigen Generaldirektors der SBZ-Eisenbahnen (sowjetischen Besatzungszonen-E.), BESENER, wird zwar nicht mit dem Zusammenbruch der ganzen Zonenwirtschaft, aber doch mit dem des Eisenbahnverkehrs für spätestens Mai 1949 gerechnet, was schwere Auswirkungen auf die ganze Wirtschaft der Zone haben müßte.

Die Sowjetzone ist ein Gebiet, das nicht nur eine totalitäre "Verfassung" hat, sondern das auch von einer Macht beherrscht wird, die als Exponent des Totalitarismus des Staates seit über drei Jahrzehnten anzusehen ist. Das bedeutet nicht, daß von der SU (Sowjetunion) eine entscheidende materielle Hilfe zu erwarten ist. Der Fall "Berlin" lehrt, daß die Sowjets sich bei allen ihren Maßnahmen vorwiegend von propagandistischen Gesichtspunkten leiten lassen. Seit Monaten wird der Ostsektor ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Zuspitzungen in der Zone bevorzugt mit Zuteilungen behandelt. Berlin kann so zu einem "Verdun" für das SBZ-Wirtschaftspotential werden. Die Belieferung Ost-Berlins mit Importwaren läßt vielfach den Eindruck aufkommen, daß es sich um außerplanmäßige "Unterstützungen" handelt, während es rein kommerzielle Gegenlieferungen des Auslandes auf Grund laufender Abkommen sind.

Die politischen Kräfte der Besatzungsmacht sind aber so stark, daß ein völliger Zusammenbruch der SBZ-Wirtschaft ebensowenig eintreten kann wie ein solcher der sowjetrussischen Wirtschaft. Die sowjetische Auffassung geht dahin, daß der Deutsche der Zone das Lebensniveau der SU im allgemeinen noch immer nicht erreicht habe, und solange das noch nicht der Fall ist, rechnet man mit keinerlei Gefahr. Im übrigen kann den Schwierigkeiten noch lange Zeit begegnet werden mit dem Erfolg allerdings, daß das Lebensniveau noch weiter gedrückt wird.

WPZ vom 5. Febr. 1949

Frühjahrsmesse. Nur eine geringe Anzahl von Privatbetrieben und Handwerkern beabsichtigt, einen Stand auf der Leipziger Frühjahrsmesse zu errichten. Wie aus Wirtschaftskreisen des Landes Sachsen-Anhalt verlautet, liegt der Grund darin, daß Enteignungen im vergangenen Jahr ihren Ursprung in den Einblick in die Leistungsfähigkeit hatten, den die Ausstellungsstände der betroffenen Firmen boten. Nach dem bisherigen Meldenergebnis werden die volkseigenen Betriebe und die SAG's 80 % der Messe beherrschen. Das Messebüro hat daher die Presse der Ostzone um eine verstärkte Werbung gebeten.

Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

 STAT

712/49

STAT

No. 59

Auszüge aus Presseberichten

Neuerungen in der Ostzone. Auf Grund von Versuchen des Torfforschungsinstituts in Eberswalde sollen demnächst 783 Lastkraftwagen auf den Verbrauch von Generatororf umgestellt werden.

Das volkseigene Maschinen- und Werkzeugbau-Werk in Chemnitz hat ein Horizontal-Sägegatter entwickelt, das auf der Leipziger Frühjahrsmesse vorgeführt werden soll. Bisher wurden diese Gatter nur in Westdeutschland hergestellt.

Durch eine neue Produktionsmethode konnte die monatliche Penicillin-erzeugung im volkseigenen pharmazeutischen Werk in Langen-Hennersdorf in Sachsen um das 2 1/2fache erhöht werden.
Neue Volks-Zeitung vom 4. Febr. 49

Spaltung der Berliner Justiz. Richter und Staatsanwälte des Berliner Kammergerichtes haben sich zusammen mit einem großen Stab von Justizangestellten in den Westsektoren niedergelassen, da das Verhalten der sowjetischen Behörden diesen Schritt notwendig machte. Als Folge dieser Justizspaltung werden die Bewohner des sowjetischen Sektors nun dem in der Ostzone herrschenden System der Rechtsprechung unterworfen sein. Auch das Berliner Sozialversicherungsinstitut, das kurz nach Kriegsende von den sowjetischen Behörden gegründet worden war, hat seine Dienststellen vom Ostsektor in den britischen Sektor verlegt.
Allgemeine Ztg. vom 5./6. Febr. 49

Görlitz. Görlitz ist durch die Weisse in den überfüllten deutschen und den wenig bewohnten polnischen Teil getrennt. Die Versorgung der Stadt ist äußerst unregelmäßig. Nach Aufruf der Lebensmittelzuteilungen kommt es jedesmal zu großen Menschaufmäufen vor den Läden. Der Bahnhof, ehemals wichtiger Durchgangspunkt, ist heute Endstation. Anlagen verkommen und zur Instandsetzung wird nichts getan. Die Züge fahren unpünktlich ab. Anlaß ist nicht etwa der Kohlenmangel, sondern der Materialmangel in der Reparaturwerkstatt. Kohlen liefert der Russe genug. Wie hat es in Görlitz soviel gegeben.

Die russische Besatzung besteht nur aus ca. 80 Mann. Der meistgewechselte Posten in der russischen Kommandantur ist der des politischen Offiziers, da es die meisten trotz größter Anstrengung nicht erreichen, die Opposition, in der Hauptsache die LDP, mundtot zu machen. - Die Stadtväter, an der Spitze Oberbürgermeister PREMSEL (SED), sind unfähig, die Geschäfte der Stadt zu leiten. Sie erhielten ihre Stellung meistens durch die Zugehörigkeit zur SED. Der wirkliche Herrscher in Görlitz ist aber nicht der Oberbürgermeister, sondern der "Kreisleiter der SED", ULRICH. Er bestimmt, was in Görlitz geschieht. Das Kultur- und Theaterleben hatte sehr unter den Folgen der Währungsreform zu leiden. Groß angekündigt wurde die Errichtung einer Poliklinik. Doch wurde sie zu einem kläglichen Mißerfolg, da das Inventar fehlte und der Röntgenapparat außer Betrieb war, weil in der Ostzone keine Ersatzteile zu beschaffen sind. - Die Industrie hat erst durch die von den Russen durchgeführte Demontage gelitten. So wurden die Hauptwerke Waggonwerke (Wumag) und die GMA vollständig demontiert, die Hallen zum größten Teil gesprengt. Der Wiederaufbau dieser Fabriken erfolgt nur langsam und größtenteils mit Maschinen, die Privatbetrieben entzogen werden. Bevorzugte Behandlung nur, wenn diese Betriebe für russische Reparationslieferungen arbeiten.
Telegraf d. Woche vom 5. Febr. 49

Sowjethandel. Laut eines Berichts in der Iswestija haben sich die Verhältnisse im Sowjethandel seit der Währungsreform stark verbessert. Einige Mängel seien aber noch immer vorhanden. Vor allem entsprechen Qualität und Umfang des Warenangebotes noch nicht den berechtigten Forderungen des Sowjetkäufer. Die Bedürfnisse des Käufers seien zu "erforschen" und die Industrie entsprechend zu informieren. Die Kaufkraft des Rubels habe sich durch die Preissenkungen seit der Währungsreform und Aufhebung der Kartenwirtschaft um das Zweifache gesteigert, während der Reallohn des Sowjetarbeiters um mehr als das Zweifache stieg. Diese günstige Entwicklung müsse vom Sowjethandel durch eine qualitative und quantitative Verbesserung des Warenangebots ausgenutzt werden.
Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

STAT

8/2/49

No. 60

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Antifa-Männer. Rund 260 Mann, zumeist im Ruhrgebiet, in Westfalen und in Hamburg beheimatet, umfaßte der erste geschlossene Transport sogen. "Antifa-Männer" aus der SU, der im Entlassungslager Friedland eintraf. Sie sahen gut aus, trugen erstklassige Anzüge und Schuhe, waren wohlgenährt und ließen keinerlei Spuren irgendwelcher Arbeitsausnutzung erkennen. Jeder führte einen oder mehrere Koffer mit sich, die mit Wäsche und anderen nützlichen Dingen gefüllt waren. Die Heimkehrer haben alle an sowjetischen Zentralgebietsschulen eine systematische Unterweisung von 8 bis 16 Monaten erhalten und führten nicht weniger als fünf Zentner "Arbeitsmaterial" in Form kommunistischer Propagandaschriften mit sich. Sie berichteten, daß in der Sowjetunion insgesamt vierzig Gebietsschulen existieren, in denen deutsche Kriegsgefangene von hochqualifizierten Lehrkräften kommunistisch geschult werden. Am Ende der verschiedenen Kurse steht eine Abschlußprüfung, nach deren Ergebnis die einzelnen Gefangenen für ihre zukünftige Arbeit in den politischen Parteien, in den Gewerkschaften und vor allem in der Polizei entlassen werden.

Die Welt vom 5. Febr. 49

Die Bildung eines Landeshilfs-Komitees für das demokratische Griechenland wurde von den Vertretern der politischen Parteien in Sachsen-Anhalt beschlossen.

Neue Volks-Zeitung vom 4. Febr. 49

Perlon. Zur Überwindung des Transportproblems in der Ostzone wird eine Erhöhung der Perlon-Produktion für Nordzwecke der Reifenindustrie angestrebt. Außer der Agfa-Filmfabrik in Wolfen, die infolge der Demontageverluste nur über einen geringen Maschinenpark an veralteten Spinnmaschinen zur Perlon-Nord-Gewebefabrikation verfügt, hat jetzt auch die Kunstseidenfabrik Elsterberg die Produktion aufgenommen.

Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

FDJ. Bereits wenige Wochen nach der vor 1 1/2 Jahren erfolgten Lizenzierung der FDJ für Groß-Berlin stellte es sich heraus, daß es trotz aller Anstrengungen nicht ohne weiteres gelingen würde, wie in der Ostzone Zustrom zu gewinnen. Daher versuchte die zentrale Leitung der FDJ über das Interessengebiet des Sportes die jungen Menschen zu beeinflussen. Man machte sich hierbei die in der Ostzone gesammelten Erfahrungen zunutze, wo bekanntlich keinerlei sportliche Betätigung außerhalb des Rahmens der FDJ betrieben werden darf. Auch dort nämlich fand die FDJ bei ihrer Gründung kaum Anklang. Die Situation änderte sich erst mit einer von der FDJ veranlaßten SMA-Anordnung. Die Genehmigung selbst öffentlicher Fußballspiele durch die sowjetische Kommandantur wurde nämlich von der Zugehörigkeit sämtlicher Mannschaftsangehöriger zur FDJ abhängig gemacht. Seit kurzem werden im Rahmen der FDJ Geländespiele und sogar Kleinkaliberschießen eifrig betrieben. Dies alles hatte zur Folge, daß die Mitgliederzahl ungeheuer anstieg. Dadurch war die FDJ in die Lage versetzt, das Leben der Jugend außerhalb des Elternhauses und der Arbeit zu kontrollieren und in die kommunistische Richtung zu lenken.

Telegraf vom 5. Febr. 49

Berlin u. die Ostzone. Beide sind aufeinander angewiesen. Im Rahmen des Zweijahrplanes benötigen die Betriebe der Zone u.a. auch Halofabrikate aus Buntmetall, die vor allem in zwei Berliner Betrieben hergestellt werden. Als Rohstoff dient zum großen Teil Schrott, der aus Berlin, zum Teil aber auch aus der Zone kommt. Auch aus den Volksdemokratien treffen Rohmaterialien ein. So lieferte Polen erst kürzlich 200 t Zink an die Deutschen Messingwerke. Dieses wichtige Werk setzt alles daran, um das im Zweijahresplan gesteckte Ziel trotz auftretender Schwierigkeiten nicht nur zu erreichen, sondern auch überzuerfüllen.

Neues Deutschland vom 15. Jan. 49

Bewaffnung der Kommunisten. Alle linientreuen Kommunisten in den Betrieben der Ostzone werden jetzt mit Schußwaffen ausgerüstet. In Kürze sollen auch alle höheren SED-Funktionäre mit Pistolen versehen werden.

Die Welt vom 5. Febr. 49

STAT

No. 61

Auszüge aus Presseberichten.

9/2/49

Wissenschaftler verlassen Ostzone. Schließung der juristischen und volkswirtschaftlichen Fakultät der Uni. Jena und der juristischen Fakultät der Uni. Halle wegen Abwanderung der Professoren. Diese Abwanderung zieht immer weitere Kreise; denn neuerdings suchen auch Vertreter des rein fachlichen Wissens den "Weg nach dem Westen".
WFZ vom 4. Febr. 49

Binnenschifffahrt. Um die bisher den Privatunternehmern zufließenden Einnahmen in die Hand zu bekommen, hat DWK angeordnet, daß 1949 stärker als zuvor die "Arbeitsgemeinschaft Binnenschifffahrt" und die volkseigenen Betriebe für den Transport von Massengütern auf dem Wasserwege herangezogen werden sollen.
Es wird auch angenommen, daß die Fahrgastschifffahrt bald verstaatlicht wird. Bereits im vergangenen Jahr mußten die Schiffseigner eine Wasserstraßenabgabe in Höhe von 20 % ihrer Bruttoeinnahmen abliefern. Nach Währungsschnitt und den verminderten Einnahmen bedeutete das eine untragbare finanzielle Belastung. Jetzt wurde die vollständige Überholung der Schiffe bis 1. April angeordnet. Bei der durch die Blockade bedingten Materialbeschaffung dürfte eine Durchführung dieser Aufgabe den Schiffbesitzern unmöglich sein. Die Generaldirektion Schifffahrt hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, um nach dem 1. April wegen Nichterfüllung des Befehls die Fahrgastschifffahrt zu enteignen und aus ihr volkseigene Betriebe zu machen.
Telegraf vom 30. Jan. 49

In der Nähe von Tirana wird ein großes Baumwollkombinat errichtet. Die Einrichtung liefert die SU. Das Werk nimmt 1950 den Betrieb auf und will 20 Mill. qm Stoffe im Jahr herstellen. Die Baumwollanbaufläche in Albanien wird ständig vergrößert und in zunehmendem Maße mit Maschinen bearbeitet.
Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

Spitzel-System der Sowjets. Der Vertreter des Hannoverischen Parteivorstandes der SPD, Willi BRANDT, erklärte, daß auf 1000 Menschen der Ostzone vier Spitzel kommen, die den sowjetischen Behörden schriftlich verpflichtet sind. Teils seien sie Freiwillige, teils aber auch frühere Mitglieder der SPD oder ihre Familienangehörigen, die nach dem Prinzip der Sippenhaft durch Drohungen gezwungen worden seien, den Verpflichtungsschein für die Nachrichtensammlung zu unterschreiben. Während die offizielle Propaganda den Abzug der Besatzungstruppen fordere, würden in Wirklichkeit alle diejenigen festgenommen, die auch nur im kleinsten Kreise das Verschwinden der Russen wünschten.
Süddeutsche Zeitung vom 8. Febr. 49

Der Berliner Ostmagistrat erhält einen Anteil von ca. 10 % der Einnahmen der "freien Läden". Diese zusätzliche Einnahme soll zur Deckung der verhältnismäßig hohen Verwaltungsausgaben dienen, für die die Steuerkraft des Ostsektors nur bedingt ausreicht. Den Hauptanteil der Einnahmen der freien Läden erhält die DWK.

Das im Ostsektor im Aufbau befindliche Aufsichtsamt für Versicherungen werde eine scharfe Kontrolle über die Privatversicherungen ausüben. Vor allem werde es auf eine rigorose Einschränkung der Unkosten drängen. Die privaten Versicherungen hätten keinen soliden Grundstock und seien nicht in der Lage, im Schadensfalle die Interessen des Versicherten wahrzunehmen. Der Ostmagistrat sei der Ansicht, daß diese Versicherungen kein Existenzrecht hätten. Dagegen befürwortete man die Tätigkeit der drei im Ostsektor bestehenden genossenschaftlichen Versicherungen.

Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

Schwarze Listen? Nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen soll die KPD der Westzonen sogen. Schwarze Listen zusammengestellt haben, die der SED und der sowjetischen Geheimpolizei zugestellt worden sind. Diese Listen weisen die Namen von allen westdeutschen nicht-kommunistischen Politikern, leitenden Beamten, Journalisten usw. auf. Die Gesamtzahl der aufgeführten Namen soll in die Hunderttausende gehen. Große Bedeutung wird der Liste nicht beigemessen, da man zuverlässig darüber informiert sein will, daß manche Namen nur deshalb auf die Liste gesetzt wurden, um "das Soll" zu erfüllen.
SAZ vom 8. Febr. 49

STAT

Nr. 62

Auszüge aus Presseberichten
=====

Patentmeldestelle. Auf Anordnung des Ministeriums für Erfindungswesen ist in Berlin eine sowjetische Patentmeldestelle für Deutschland eröffnet worden. Danach sind alle Erfindungen deutscher und russischer Angestellten bei sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone bei dieser Patentmeldestelle zu registrieren. Das Nutznießerrecht an allen Erfindungen soll allein dem Ministerium für Erfindungswesen in der SU zustehen.

Berliner Ostmagistrat beschloß auf einer Sondersitzung, das im März 1947 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Enteignungsgesetz für den Ostsektor in Kraft zu setzen, nachdem der russische Stadtkommandant am Montag einen Befehl erlassen hatte, in dem die Übergabe aller im Ostsektor sequestrierten Betriebe und Vermögen an den Ostmagistrat angeordnet wurde.

Kurzarbeit. Zahlreiche Betriebe der westsächsischen Textilindustrie sind zur Kurzarbeit übergegangen, da nicht genügend Rohstoffe zur Verfügung stehen.

Allgem. Ztg. vom 9. Febr. 49

Sowjetischer Nachrichtendienst. Der Nachrichtendienst ist die bestorganisierte Instanz der SU, und am besten aufgezogen ist der militärische Nachrichtenapparat. Er besteht aus dem Geheimdienst mit dem dazu geschulten Personal und dem sogen. Laiendienst. Letztergenannter ist von ausschlaggebender Bedeutung, da die kommunistischen Parteien und die mit ihnen sympathisierenden Gruppen zu ihm herangezogen werden. Da die Partei finanziell von Moskau abhängig ist, ist sie zu Geheimdiensten verpflichtet. An erster Stelle steht die militärische Spionage. Wenn irgendwo in der Welt eine Erfindung von hohem Wert bekannt wird, dann ist auch der sowjetrussische Geheimdienst eingeschaltet. Die Gesamtleitung des Nachrichtendienstes liegt in den Händen der NKWD. Für den Außendienst wird besonders gebildetes, intelligentes Personal verwendet. Es handelt sich meistens um fanatische Parteigänger, die bei ihrer Arbeit ausreichend mit Geldmitteln versorgt werden.

Süddeutsche Ztg. vom 8. Febr. 49

Rußland. Unzählige Wissenschaftler arbeiten erfolgreich an der Nutzbarmachung der gewaltigen Flächen der "Hungersteppe", die sich von Usbekistan bis nach Südkasachstan erstreckt. Ein Generalplan sieht die Bewässerung von 680 000 ha Wüstenland vor. Im Flußbecken des Syr-Darja soll ein ausgedehntes Kanalnetz angelegt und gewaltige Wasserkraftwerke errichtet werden. Momentan bestehen hier über 200 Kollektivwirtschaften. Die Baumwoll- und Reisplantagen, Obst- und Weingärten nehmen eine Fläche von 140 000 ha ein. Ca. 10 000 Bauernfamilien werden in die in diesem Jahr erstmalig bewässerten Neulandflächen übersiedeln. Berechnungen von Sachverständigen zufolge wird das ehemalige Wüstenland nach der Verwirklichung des Nutzbarmachungsplanes bis zu 10 Mill. Zentner Baumwolle liefern.

Neues Deutschland vom 30. Jan. 49

Schuhproduktion in der CSR. Die "Svit-Ferke" (ehemals Bata), auf die 80 % der tschechoslowakischen Schuhproduktion entfallen, haben sich seit Kriegsende bes. stark entwickelt. Bereits Ende Okt. 48 war das Soll für das laufende Jahr erfüllt worden. Um sich einen zusätzlichen Markt für die weiterhin steigende Produktion zu sichern, baut der Konzern seine Verkaufsorganisation in der Ostzone wieder auf. Nach der Ostzone und dem Ostsektor wurden bereits 100 000 Paar Schuhe ausgeführt. Auch auf der Leipziger Messe war Svit vertreten. - Neuerdings versucht der Konzern auch die Erhöhung des Absatzes in der Schweiz, stößt dort jedoch auf gewisse Schwierigkeiten.

Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

Benzingeschäft der SMA. Der infolge der Blockade aufgetretene Mangel an Brennstoff für Kraftfahrzeuge wird von der SMA gemeinsam mit der DWK ausgenutzt, um in der Ostzone lagerndes Benzin in größerem Umfang nach Berlin hereinzubringen und dort gegen Westmark zu verkaufen. Die Einnahmen, die ausschließlich zu Propagandazwecken in Westdeutschland und Westeuropa verwandt werden, sollen täglich über 60 000 DM West betragen.

Telegraf vom 3. Febr. 49

STAT

STAT

No. 63

Auszüge aus Presseberichten
=====

Volkseigene Betriebe in Sachsen. Im Lande Sachsen bilden die volkseigenen Betriebe das Rückgrat der Wirtschaft. So ist ihnen für die Übererfüllung des Wirtschaftsplanes 1949/50 eine führende Rolle zugefallen. Wie der Leiter des sächsischen Amtes für volkseigene Betriebe, Ministerialrat GÜRBING, erklärte, sind die Betriebe wohlgerüstet in den Plan gegangen. Allerdings ist er mit der Zusammenfassung und Auswertung der Erfindungen und Verbesserungen der Aktivisten noch lange nicht zufrieden. Doch hofft er, auch hier Wege zu finden, um das Höchstmaß an Wirtschaftlichkeit, das auch zu einer weitgehenden produktionsverbilligenden Typenbereinigung führen wird, zu erreichen. Die Zuteilungen an Rohmaterialien sind in den meisten Fällen gesichert und auch dort, wo sie noch unbefriedigend erscheinen, ist heute schon dafür gesorgt, daß die Planerfüllung nicht gefährdet wird. Es soll in geeigneter Weise der Sperrung von Lieferungen aus den Westzonen entgegengetreten werden, ohne dabei in Autarkiestrebungen zu verfallen.

Tägl. Rundschau vom 2. Febr. 49

Uran. Auch im Stadtgebiet von Chemnitz wurde jetzt nach Uran geohrt. Falls die Funde dort ergiebig sein sollten, sollen zunächst 3 000 Bergarbeiter eingesetzt werden.

Die Welt vom 8. Febr. 49

Die Kindernährmittelindustrie der Ostzone soll sich von Zufuhren aus den Westzonen unabhängig machen, wie aus Anordnungen der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen der Sowjetzone hervorgeht. Vollmilchpulver wird bereits hergestellt. Die Erzeugung von diätischem Kindermehl und Kindernährzucker wird vorbereitet und ist teilweise bereits angelaufen.

Wirtschaftsrevue vom 4. Febr. 49

Aufforstung. Der Zweijahresplan sieht eine Aufforstung von 100 000 ha vor. Nach Abschluß dieses Wirtschaftsplanes soll im nächsten Planzeitraum die Aufforstungsfläche weiter gesteigert werden. Soeben ist eine Erhebung von allen Waldflächen mit den Holzvorräten in der Ostzone begonnen worden. Da der überwiegende Teil des Waldes Volkseigentum ist und von der Forstverwaltung der Länder bewirtschaftet wird, ist die Möglichkeit gegeben, die künftige Nutzung des Waldes in jeder Beziehung den volkswirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Es gilt nun, die natürlichen Produktionsfaktoren so in den Dienst der Wirtschaft zu stellen, daß sie weitgehend erhalten bleiben, aber gleichzeitig möglichst viel Rohstoffe der Wirtschaft liefern. Man wählt für die Aufforstungen Holzarten, die besonders raschwüchsig sind und die daher in verhältnismäßig kurzer Zeit der Wirtschaft große Holz mengen zuführen.

Neues Deutschland vom 2. Febr. 49

Ostzonen-CDU. Der Vorstand der Ostzonen-CDU beschloß, Mitglieder, die sich an "antisowjetischen Agitationen" beteiligen oder sich einer "aufrichtigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion" entgegenstellen, auszuschließen. Die politische Linie der Partei müsse durch eine "konsequente Personalpolitik" gesichert werden.

Telegraf vom 3. Febr. 49

Umschulung deutscher Diplomaten. In der Nähe von Jakowowo liegt ein Lager, in dem deutsche Diplomaten leben, die bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft gerieten. Die Gefangenen werden bevorzugt behandelt, und man nimmt an, daß den Russen die Bildung einer Art diplomatisches Paulus-Korps für die geplante ostdeutsche Sowjet-Republik vor-schwebt. Besonders interessant ist das Verfahren, das bei der "Umschulung" der ehemaligen Diplomaten angewandt wird. Man verzichtet nämlich auf alle ideologische Propaganda, wie sie in den meisten Lagern üblich ist. Diese Methode soll bei vielen Zuhörern schon auf fruchtbaren Boden gefallen sein. - Obwohl zu keiner Arbeit verpflichtet, üben die meisten doch eine interessante und aktuelle Tätigkeit aus. Ein Teil arbeitet an einer wissenschaftlichen Monographie, worin die deutsche Balkandiplomatie von 1919 bis 1945 behandelt wird, ein anderer an einem Werk über die Politik der deutsch-russischen Zusammenarbeit nach den Prinzipien von Seeckt.

SAZ vom 8. Febr. 49

STAT

No. 64

Auszüge aus Presseberichten

STAT
149

Gegenblockade. Die immer drückenderen Auswirkungen der Gegenblockade der Westmächte auf die Wirtschaft der Ostzone haben die DWK veranlaßt, zu einer "gegenseitigen Betriebshilfe" aufzurufen, um alle nicht voll ausgenutzten Maschinen und Rohstoffvorräte zu erfassen. Jeder Betrieb ist verpflichtet, auf einem Fragebogen seine verfügbaren Bestände zu melden, die dann an Werke verkauft werden müssen, bei denen besondere Engpässe bestehen. Vor kurzem erließen verschiedene Stahlwerke, Hüttenbetriebe und Elektrizitätswerke Notrufe über Presse und Rundfunk, um Drahtseile, Maschinenteile usw. zu erlangen. Diese öffentlichen Hilfrufe wurden jedoch untersagt, weil sie zu aufschlußreich über die tatsächliche Wirtschaftslage der Ostzone waren.
Süddt. Ztg. vom 10. Febr. 49

Ostzonen-CDU. Der Vorsitzende der CDU in der Ostzone, NUSCHKE, unterzog die SED auf einer Sitzung des CDU-Landesverbandes Brandenburg einer scharfen Kritik. Das Verhalten der SED erinnere stark an die nationalsozialistische Zeit und bedeute somit keinen Fortschritt. Der Generalsekretär der Ostzonen-CDU, DERTINGER, der ebenfalls sprechen wollte, wurde ausgepöbeln.

In der anschließenden Diskussion brachten die meisten Sprecher zum Ausdruck, daß der größte Teil der CDU-Funktionäre in der Ostzone die Politik des Hauptvorstandes und des Generalsekretärs ablehnten. Andere Redner kritisierten, daß gegen geringe Gebietsabtretungen im Westen protestiert werde, während andererseits niemand von den deutschen Provinzen im Osten spreche. Obwohl die CDU der Ostzone mit einer ehrlichen Blockpolitik einverstanden sei, müsse sie eine weitere Zusammenarbeit mit der SED kritisch prüfen, wenn diese ihren derzeitigen Kurs beibehalte. Die CDU wolle ihren eigenen Weg gehen.

In der Tgl. Rundschau forderte Nuschke die wirtschaftliche Verflechtung der Ostzone mit der SU als Voraussetzung für eine engere politische und kulturelle Zusammenarbeit.

Allgem. Ztg. vom 11. Febr. 49

Spionagegruppe aufgedeckt. In den Städten Görlitz, Weißwasser und Rotenburg in Sachsen sind zahlreiche führende Funktionäre der LDP verhaftet worden, weil sie angeblich eine "volksfeindliche Spionage- und Sabotage-Organisation" ins Leben gerufen haben. Es wird ihnen vorgeworfen, unter dem Deckmantel der Parteiarbeit Spionageunterlagen gesammelt und "gegen die demokratischen Reformen der sowjetischen Besatzungszone" gearbeitet zu haben. In bereits vorliegenden "Geständnissen" geben die Verhafteten zu, daß ihre Gruppe einer "ausländischen Spionagezentrale in Berlin" unterstanden habe, von der sie Flugblätter usw. erhalten hätten.

SAZ vom 11. Febr. 49

Deutsche Spezialarbeiter werden vom FDGB Berlin für eine dreijährige Tätigkeit in Bulgarien angeworben.

Allgem. Ztg. vom 10. Febr. 49

Elastische Verkehrsplanung. In den ersten Monaten des Halbjahresplans zeigte sich im Lande Sachsen, daß dringend benötigte Waren nicht abtransportiert wurden, da die Reichsbahn nicht genügend Laderaum zur Verfügung stellen konnte. Diese Erscheinung erwies sich als ein schweres Hemmnis. Untersuchungen ergaben, daß der Grund hierfür in dem zentral gesteuerten Güterfahrplan lag, der auf systematische Transportverbindung eingestellt war und viel zu wenig auf die wechselnden Erfordernisse der Wirtschaft Rücksicht nahm. Nun wurden für die Areise Transportreferenten eingesetzt, die, auf die Bedeutung der Betriebe eingehend, für einen reibungslosen Ablauf des Transportplans sorgen. Ferner wurde eine Liste jener Betriebe erstellt, deren Arbeit ganz bes. von einer pünktlichen Waggongestellung abhängig ist. Sie müssen an Sonntagen 30- und Entladekolonnen bereithalten, um das Verkehrsnetz zu entlasten. Die Maßnahmen werden im Rahmen des Zweijahresplans weiter ausgebaut.

Tägliche Rundschau vom 2. Febr. 49

STAT

No. 65

Auszüge aus Presseberichten

Stahlmangel in der Ostzone. Durch Abkommen mit den Westzonen und mit Polen versuchte die Ostzone, ihr Eisendefizit zu mindern. Die gelieferten Mengen reichten einschließlich der auf gerade 10 vom Hundert der früheren Erzeugung zurückgegangenen eigenen Stahlerzeugung nicht aus, den eigenen Bedarf der Ostzone auch nur annähernd zu decken. Es liegt nun im Wesen der von der SMA gelenkten Wirtschaftspolitik der Ostzone, bei der Grundstoffindustrie eine möglichst vollständige Autarkie herbeizuführen. Dieses Bestreben führte schließlich zu einem besonderen Plan für einen schnellen Wiederaufbau der alten Stahlkapazität.

Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild: Überholung des Gesamtbetriebes der Maximilian-Hütte. Ziel ist Umstellung von Drei-Ofen-Betrieb auf Vier-Ofen-Betrieb. Im Stahlwerk Riesa wurde 1948 der erste Siemens-Martin-Ofen in Betrieb genommen. Drei weitere mit je 100 t Fassungsvermögen sollen noch hinzukommen. Das Eisenwerk Cröditz wird auf Formstahlguß umgestellt und soll auf 6000 t Stahlgußkapazität im Jahre gebracht werden. In engen Zusammenhang damit steht die Umstellung der Werke Ilseburg, Lange in Aue und Sächsische Blechwalzwerke in Oberhau von Buntmetallwalzwerken auf das Walzen von Stahlblech. SED und DWK haben sich dieser Arbeit besonders angenommen. In den betriebl. Werken überwachen ständig Partei- und andere Kontrollkommissionen den Ablauf des Ausbaues. Es heißt, daß die Probleme des innerbetrieblichen Transportes, der Rohstofflagerung, der ausreichenden Rohstoffbunker, der unbehinderten Transportwege in den Betrieben noch ungenügend gelöst sind.

Trotz Überschieben und Sammlungen von Silber konnte Produktionsplan für 1948 nicht erfüllt werden. Es fehlt nicht nur an Materialien, sondern auch an Fachkräften. Die Maximilian-Hütte schult in Kurzkursen Facharbeiter zu Ingenieuren. Die Arbeiterschaft ist stolz darauf, wenn es ihr gelungen ist, durch Improvisation eine erhöhte Leistung erreicht zu haben. Das Antriebssystem nach Hennecke lehnt sie dagegen ab.

Allgem. Ztg. vom 11. Febr. 49

SED-Betriebsschutz mit Waffen.

Remilitarisierung der Ostzone geht allmählich über den Umfang einer Polizeiarmee hinaus. So erhielt der Betriebsschutz des Leipziger Elektrizitätswerkes von der Volkspolizei Waffen. Dem Betriebsschutz gehören ausschließlich SED-Mitglieder an, so daß ihre Bewaffnung über den Rahmen der Sicherheit der Werkanlagen hinaus eine Drohung gegen evtl. Unruhen in der Arbeiterschaft bedeutet. Auch in der FDJ werden die zuverlässigsten Funktionäre künftig eine vormilitärische Ausbildung in Sonderkursen der Ostzonenpolizei erhalten. Sie sollen vor allem die Bedienung von leichten und schweren Infanteriewaffen erlernen. Einigen Trupps will man auch Spezialausbildung an Pak- und leichten Flakgeschützen geben.

Süddt. Zeitung vom 10. Febr. 49

Westmark. Auch in der gesamten Ostzone erfreut sich die Westmark ständig steigender Nachfrage. War bisher der Erwerb der Westmark für Unternehmen der Ostzone ein illegaler Akt, so gehen jetzt selbst die volkseigenen Austerbetriebe offen dazu über, Zahlung in Westmark zu verlangen. Auf diese Weise werden die Westmarketräge beschafft, um wichtige Ersatz- und Reparaturteile in den Berliner Westsektoren einzukaufen und auf verschwiegenen Wegen in die Ostzone zu schaffen.

Telegraf vom 12. Febr. 49

Blockadeschwierigkeit. Auf Grund der Blockadeschwierigkeiten in der Ostzone soll die SMA beschlossen haben, die Reste von vier seit langem demontierten und nach der SU abtransportierten Stahlwerksanlagen wieder zurückzugeben. Unter den Anlagen befindet sich angeblich auch das Cröditzter Bandagenwalzwerk, das als einziges in der ganzen Ostzone in der Lage war, Radkränze für Lokomotiven und ähnliches herzustellen. Es wird allerdings bezweifelt, daß die Werke noch einsatzfähig sind. Unter Berücksichtigung der rigorosen Demontagemethoden mit Schneidbrenner und Brechstangen rechnen Fachkreise mit Demontage- und Transportverlusten bis zu 75 %.

Wirtschaftsrevue vom 11. Febr. 49

STAT

No. 66

Auszüge aus Presseberichten

=====

Thüringer Wirtschaftsnotlage. Auf der Tagung der Landesvorsitzenden der Thüringer SED in Weimar wies Fritz SEIBER auf die großen zutagegetretenen Mängel und Schwächen der Thüringer Wirtschaft hin. Vor allem forderte er, daß die Maximilian-Hütte in Unterwellenborn, die mit ihren Leistungen weit hinter dem gesteckten Soll zurückgeblieben ist, zur Erfüllung ihrer Produktionsaufgabe geachtet wird. Das Unternehmen ist das einzige Hüttenwerk der Ostzone. Von seinem Erzeugungsgang hängt die Stahl- und Talzeisenindustrie der Ostzone und der Zweijahresplan ab. Die Produktionsaufgabe kann nicht erfüllt werden, da die benötigten Rohstoffe trotz aller Anstrengungen nur zu 50 % herangeführt werden, und vor allem fehlt Spezialkoks aus dem Westen. Der behelfsmäßig verfeuerte polnische Steinkohlenkoks aus Oberschlesien ist qualitativ minderwertig, brennt die Koste durch und führt zu Betriebsstockungen, die die Produktion verkürzen.

Ein weiteres Schmerzenskind sind die Thüringer Zellwollwerke in Schwarz, die als volkseigener Betrieb arbeiten und zu den größten Aktivposten der Thüringer Wirtschaft zählen. Sie konnten bisher infolge Rohstoffmangels mit einer Tageserzeugung von 30 t nur 50 % ihrer wiedererreichten Kapazität ausnutzen und müssen die Fabrikation einstellen, wenn ihnen nicht von der Privatwirtschaft umgehend Gasrohr sowie nachloses Siederrohr und Dampfbedeckungsrohr zur Verfügung gestellt werden. Die gesamte thüringisch-sächsische Textil-Industrie würde durch Stilllegung der Werke ihrer letzten Rohstoffquelle beraubt und wäre zur Arbeitseinstellung verurteilt. Die durch die westliche Gegenblockade ausgelöste Krise nimmt immer erastere Formen an, da die Rohstoffdecke weiter schrumpft und sogar SAC- und volkseigene Betriebe nur noch 50 % der notwendigen Produktionsmittel erhalten. Selbst Reparationsaufträge können nicht mehr in voller Höhe ausgeführt werden.

Wirtschaftsrevue vom 11. Februar 1949

Verschleppungen. Durch die Verwaltung des Innern in der Ostzone sollen Verschleppungen von Parteifunktionären und Journalisten künftig systematisch ausgebaut werden. In den letzten zwei Wochen wurden für kommunistisch zuverlässige, von der NKWD geschulte Polizeikräfte hergange abgehalten, die als Thema hatten: "Sondereinsatz in den Westsektoren". Die Polizisten sollen sich als angelegliche Beauftragte der Städtischen Betriebe Zutritt zu den Wohnungen sowjetfeindlicher Personen verschaffen. Eine Liste dieser "sowjetfeindlichen" Personen im Berliner Westen wurde bereits im Januar fertiggestellt.

Städt. Ztg. vom 12. Februar 1949

Polen. 1950 Beginn eines Wirtschaftsplanes auf der Basis des zurzeit laufenden Dreijahresplanes, der in 5 Jahren "die Grundlagen für den Sozialismus" legen soll. Trotzdem Polen fast vollständig auf eigene Hilfsquellen angewiesen ist, ist die Erfüllung des Planes sicher, wenn man die erstaunlichen Resultate der ersten beiden Jahre des Dreijahresplanes beachtet. Die industrielle Produktion beträgt bereits heute 150 % ihres Vorkriegsstandes. Es sind nicht nur alte Industrien wieder aufgebaut, sondern auch neue geschaffen worden. Die Brotrationierung konnte aufgehoben und Getreide bereits wieder exportiert werden. Der Außenhandel erreichte 1948 270 Mill. Pruna, die Löhne haben sich seit 1946 verdoppelt und die Furcht vor der Arbeitslosigkeit ist verschwunden. Der kommende Plan sieht eine jährliche Leistungssteigerung der Produktionsmittel von 11 bis 12 % vor, so daß die industrielle Produktion nach Vollendung des Planes dreimal soviel wie die gesamte Vorkriegsproduktion betragen wird. Die Kohlenförderung wird 22 - 28 % mehr als 1949, die Stahlproduktion doppelt soviel als vor den Kriegen betragen. In der Landwirtschaft soll höhere Produktion durch Zurverfügungstellen einer großen Zahl landwirtschaftlicher Maschinen, durch Errichtung von Staatsgütern, durch Elektrifizierung von Dörfern usw. erreicht werden.

Neues Leben vom 10. Februar 1949

Das während des Krieges völlig zerstörte 500 000 - Volt - Schalt haus des Umspannwerks Hardeburg-Diesdorf ist jetzt wieder in Betrieb genommen worden.

Bauzeichnungen dürfen in der Ostzone auch 1949 nur erteilt werden für die Durchführung des Neubauern-Bauprogramms und für solche Projekte, die zu den Investitionsaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1949 gehören. Ausgenommen sind Baustoffe, die auf dem "freien Markt" und in den "freien Läden" erworben werden.

Wirtschaftsrevue vom 11. Febr. 49

STAT